

8. Klassenkämpfe der Zuckerrohrarbeiter*innen

In diesem Kapitel gehe ich auf die verschiedenen Formen des Klassenkampfes ein, die Zuckerrohrarbeiter*innen nutzen, um ihre Interessen durchzusetzen. Klassenkämpfe verstehe ich als alle organisierten Formen antagonistischen Klassenhandelns. Das Kapitel ist wie folgt struktuiert: Zunächst definiere ich die verschiedenen von mir identifizierten Formen von Klassenkämpfen der Arbeiter*innen im Zuckerrohrsektor: Streiks, Tarifverhandlungen, Formen des Dialogs, Demonstrationen, Anzeigen beim Arbeitsministerium, bei der Staatsanwaltschaft oder bei Arbeitsgerichten sowie Kämpfe um Land. Daran anknüpfend zeige ich, wie deren Organisation und Ablauf typischerweise ausgestaltet sind, welche rechtlichen Grundlagen relevant sind und welche Themen in den jeweiligen Kämpfen verhandelt werden. Zudem gebe ich einen historischen Überblick über die jeweiligen Klassenkämpfe. Dies dient dazu, heutige Klassenkämpfe besser einordnen und verstehen zu können. Anschließend analysiere ich, wie sich die jeweiligen Formen in Folge der agrarindustriellen Transformation des Sektors in Bezug auf ihre Häufigkeit, Größe, Art, Ergebnisse und ihrer Relevanz im Verhältnis zu den anderen Formen des Klassenkampfes zueinander verändert haben. Wenn ich von der Art der Kämpfe spreche, frage ich danach, wie sie ablaufen und organisiert sind und was deren Zielsetzung ist. Unter Größe fasse ich die Anzahl der teilnehmenden Personen und die territoriale Ausbreitung dieser Kämpfe.

8.1 Streiks

Ein Streik ist »eine zeitlich begrenzte Unterbrechung der Arbeit einer Gruppe von Angestellten, um ihre Unzufriedenheit auszudrücken oder eine Forderung durchzusetzen« (Hyman 1989: 17, Übers. J.B.). Wird in der arbeitssoziologischen Literatur von einem Streik gesprochen, steht dahinter in der Regel die

implizite Annahme, dass Gewerkschaften diesen organisieren und aktiv begleiten. Es gibt jedoch auch Unterformen des Streiks, die sich in ihrer Ausgestaltung unterscheiden. Hierzu gehören wilde Streiks, die (offiziell) nicht von einer Gewerkschaft organisiert oder ausgerufen werden (Birke 2007: 12; Gouldner 1965: 92–93; Kittner 2005: 683). Wilde Streiks sind oft illegal, weshalb sie zum Schutze der Angestellten teilweise nicht öffentlich gemacht werden. Wilde Streiks werden daher selten offiziell erfasst (Birke 2007: 12–13). Eine andere Form von Streiks sind Bummelstreiks. Hierbei schränken Lohnarbeiter*innen ihre Arbeitsleistung teilweise ein, indem sie kollektiv langsamer arbeiten, als es vorgesehen ist oder als sie es normalerweise tun. Bummelstreiks können gewerkschaftsgeführt oder wild sein (Birke 2007: 12–13).

Streiks sind rechtlich geregelte Konflikte (Kittner 2005: 2–3). In Brasilien wurden Streiks das erste Mal im Jahr 1937 in die brasilianische Verfassung integriert, dort als »antisoziale und schädliche Ressource für die Wirtschaft« (Gunther 2017: 27) bezeichnet und waren daher verboten. Dies änderte sich mit der Verfassung aus dem Jahr 1946, die Streiks von Arbeitnehmer*innen mit vielen Einschränkungen anerkannte und erlaubte. In der Verfassung von 1988 blieb das Recht des Streiks bestehen und ist in Gesetz 7.783/1989 ausformuliert. Artikel 2 des Gesetzes aus dem Jahr 1989 definiert diesen als »kollektive, vorübergehende und friedliche Unterbrechung der persönlichen gesamten oder teilweisen Arbeitsleistung für den Arbeitgeber« (*Lei 7.783/1989*, Übers. J.B.). Trotz dieses Grundrechts bedarf es nach wie vor einiger Voraussetzungen, damit Arbeiter*innen in Brasilien legal streiken dürfen (Gunther 2017).

Das Gesetz 7.783/1989 schreibt vor, dass Arbeitnehmer*innen nur streiken dürfen, wenn ihnen im Moment des Konfliktes mit ihren Arbeitgeber*innen kein anderes Mittel für dessen Lösung zur Verfügung steht. Das Gesetz regelt auch den Ablauf von Streiks. Bevor Gewerkschaften oder – falls diese nicht vorhanden sind – gewählte Arbeiter*innenkommissionen einen Streik ausrufen können, müssen sie eine Vollversammlung organisieren, auf der ein Streik und dessen Forderungen von den Arbeiter*innen beschlossen werden. Zudem sieht das Gesetz vor, dass Arbeitnehmer*innen ihre Arbeitgeber*innen 48 Stunden vorher über den Streik in Kenntnis setzen müssen. In gesellschaftlich relevanten Bereichen wie dem Gesundheitssektor oder dem öffentlichen Nahverkehr beträgt die Frist 72 Stunden. Streikende Arbeiter*innen dürfen andere Arbeiter*innen nicht zur Teilnahme am Streik zwingen oder ihnen den Zugang zum Arbeitsplatz verwehren. Streiks müssen »friedlich« sein und Privateigentum darf nicht beschädigt werden. Arbeitgeber*innen müssen streikenden Arbeitnehmer*innen keinen Lohn zahlen, da der Arbeitsvertrag im Moment des

Streiks formal ruht. Sind Streikbewegungen stark, schaffen sie es teilweise im Nachhinein, eine Lohnfortzahlung durchzusetzen (*Lei 7.783/1989*; Guimarães da Trindade 2015).¹

Gleichzeitig sind in Gesetz 7.783/1989 Rechte für Arbeitnehmer*innen im Falle legaler Streiks verankert. Arbeitgeber*innen dürfen Arbeitnehmer*innen weder an der Ausübung legaler Streiks hindern noch streikende Arbeitnehmer*innen entlassen oder während des Streiks durch andere Arbeiter*innen ersetzen – es sei denn, es entstehen irreversible Schäden an ihren Gütern und Produktionsmitteln (*Lei 7.783/1989*; Guimarães da Trindade 2015).

Bestehen Zweifel an der Rechtmäßigkeit eines Streiks oder kommt es zu Irregularitäten während eines Streiks, können Arbeitsgerichte von der Arbeitgeber*innen- oder Arbeitnehmer*innenvertretung angerufen werden und darüber befinden (*Lei 7.783/1989*). Unternehmen nutzen dies häufig und versuchen dadurch, Streiks gerichtlich zu verhindern oder beteiligte Arbeiter*innen und Gewerkschaften einfacher sanktionieren zu können.² Kommt das Gericht zu dem Urteil, dass Rechtsbrüche begangen wurden, kann es Strafen gegenüber den Konfliktparteien verhängen. In der Regel sind dies Sanktionszahlungen in Tagessätzen je Streiktag (de Melo 2016: 113–114; Gunther 2017: 24). Gerichte verhängten etwa in Fällen illegaler Streiks laut Aussage des FERAESP-Anwalts Tagessätze von bis zu 100.000 Reais (22.000 Euro) pro Streiktag gegen die Landarbeiter*innengewerkschaft FERAESP.³ Wird ein Streik als illegal eingestuft oder das Streikrecht verletzt, ist es Arbeitgeber*innen zudem erlaubt, beteiligte Arbeiter*innen zu verwarnen, vorübergehend von der Arbeit freizustellen oder zu entlassen (de Melo 2016: 115).⁴ Legale Streiks werden zumeist als *greves* bezeichnet. Inoffizielle, illegale oder spontane Streiks bezeichneten die Interviewpartner*innen hingegen als *paralisação*.⁵

Ein Streik ist ein starkes konfrontatives Mittel, bei dem Arbeiter*innen ihre Arbeit niederlegen und keine Arbeitsleistung für Kapitalbesitzer*innen erbringen. Im Moment des Streiks entziehen sich Arbeiter*innen der Kontrolle des Kapitals. Gleichzeitig unterbrechen sie den Prozess ihrer Ausbeutung bzw. der Kapitalakkumulation von Unternehmen und reduzieren damit deren Gewinne. Wenn Arbeiter*innen und Gewerkschaften im Zuckerrohrsektor strei-

1 | _S_5.

2 | _GD_1; _LG_24.

3 | _LG_26.

4 | _GD_1.

5 | _LG_6, 8, 9, 22, 25.

ken, versuchen sie ihrem Anliegen Stärke zu verleihen und das Unternehmen zu Verhandlungen zu zwingen, indem sie durch den Streik etwa möglichst hohe Kosten für das bestreikte Unternehmen verursachen. Dafür nutzen Gewerkschaften und Arbeiter*innen verschiedene Strategien. Meistens wählen sie den Eingang der Zuckerrohrfabrik als Austragungsort. Diesen versuchen sie zu blockieren, damit keine Lkws mit frischem Zuckerrohr in die Fabrik gelangen können, diese von der Versorgung von Zuckerrohr abgeschnitten und somit die gesamte Produktion unterbrochen wird.⁶ Eine andere Option, um Kosten der Unternehmen zu erhöhen, ist es, zunächst einen Bummelstreik bei der Ernte des Zuckerrohrs auf den Feldern durchzuführen, um die Vorräte von Unternehmen zu minimieren. In der Folge nutzen Gewerkschaften Streiks, um die Zuckerrohrzufuhr komplett zu unterbrechen und noch höhere Kosten bei den »reservelosen« Unternehmen zu verursachen.⁷

Unternehmen möchten Streiks und die Unterbrechung der Produktion verhindern. Hierfür greifen sie auf verschiedene Mittel zurück. Sie kontaktieren beispielsweise die Polizei, damit diese die Versammlung vor der Firma räumt und damit die Zufahrt von Lkws mit frischem Zuckerrohr garantiert (Menezes/Cover 2015: 218–219; Menezes et al. 2015: 289–290).⁸ Zudem versuchen Unternehmen, Streikbrecher*innen einzusetzen und üben Druck auf streikende Arbeiter*innen aus. Den Anführer*innen des Streiks drohen oft Entlassungen und ein Eintrag in schwarze Listen, was dazu führt, dass sie häufig keine Arbeitsstelle mehr im Zuckerrohrsektor finden. Zudem zahlen Unternehmen während des Streiks in der Regel keine Löhne an die streikenden Arbeiter*innen und sanktionieren diese damit, dass sie die Streiktage als Fehltage anrechnen und ihnen Prämien, die an die Anwesenheit der Arbeiter*innen geknüpft sind, abziehen. Hingegen versuchen Unternehmen, Arbeiter*innen teils mit Sonderprämien dazu zu überreden, sich Streiks nicht anzuschließen.⁹ Auch auf kämpferische Gewerkschafter*innen üben sie Druck aus. Manche berichteten von Morddrohungen.¹⁰ Auf den langjährigen Vorsitzenden der *FERAESP* Elio Neves verübten Unbekannte im August 2009 in Ribeirão Bonito einen Anschlag, bei dem er schwer verletzt wurde.

6 I_A_3, 12; I_LG_5, 7, 13.

7 I_LG_24.

8 I_LG_24.

9 I_A_1, 9, 16; I_TG_7, 8; I_LG_9, 29.

10 I_LG_18.

FERAESP-Gewerkschafter*innen vermuten, der Anschlag sei auf seine Rolle als Gewerkschaftsvorsitzender zurückzuführen (Rede Brasil Atual 2009).¹¹

Wie lange ein Streik dauert, hängt von der Art des Anliegens, der Stärke der Arbeiter*innenbewegung und des Unternehmens sowie der Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft beider Parteien ab.¹²

Streiks im Zuckerrohrsektor sind manchmal von Gewerkschaften geführte Streiks, zu einem großen Teil aber wilde Streiks oder eine Mischung aus beiden. Im Zuckerrohrsektor in São Paulo haben Formen von wilden Streiks Tradition. Oftmals kommt der Impuls für Streiks von den Arbeiter*innen selbst. Sie organisieren sich untereinander und legen die Arbeit nieder. Manchmal kontaktieren sie aber auch vor oder während ihrer Streiks Gewerkschaften, damit diese sie unterstützen. Die Grenze zwischen Streiks und wilden Streiks ist somit fließend.¹³

8.1.1 Streikgeschichte im Zuckerrohrsektor in São Paulo: Die 1980er und 1990er Jahre

Während der Militärdiktatur zwischen 1964 und 1985 waren Gewerkschaften oft staatstreu, Streiks offiziell verboten und daher sehr selten. Dies änderte sich jedoch ab Ende der 1970er Jahre mit Streiks in der Metall- und Automobilindustrie in São Paulo (Melleiro/Steinhilber 2012: 213–214). Auch im Zuckerrohrsektor São Paulos waren ähnliche Entwicklungen zu beobachten. So bildete sich Anfang der 1980er Jahre eine unabhängige Arbeiter*innenbewegung heraus, die 1984 und 1985 die bedeutenden Streiks von Guariba, einer Kleinstadt in der Nähe Ribeirão Pretos, durchführten. Ausgangspunkt der Streiks waren zwei Ursachen. Hauptsächlich richteten sie sich gegen eine Änderung des Arbeitsprozesses, welche die Unternehmen gegen den Willen der Arbeiter*innen im Jahr 1983 durchsetzten. Vor der Umstellung mussten Zuckerrohrschneider*innen Zuckerrohr in einem sogenannten Fünf-Reihen-System ernten, d.h. Vorarbeiter*innen wiesen den Zuckerrohrschneider*innen zu Beginn jedes Arbeitstags jeweils fünf Reihen Zuckerrohr zu, für die sie zuständig waren. Das geerntete Zuckerrohr ließen sie einfach liegen, nur in manchen Unternehmen mussten sie es in der mittleren Reihe aufhäufen. Nach der Umstellung auf ein Sieben-Reihen-System waren sie stattdessen für sieben Reihen

11 I_LC_19, 22.

12 I_LG_2, 3, 4, 9, 13; I_TG_7; I_SB_7; I_A_9, 12, 14; I_AL_1, 3, 14.

13 I_LG_2, 7, 8, 9, 23, 25; I_TG_2, 4, 7, 8; I_AL_1, 5; I_A_17.

Zuckerrohr zuständig und mussten das geerntete Zuckerrohr in der mittleren Reihe sammeln. Für Zuckerrohrunternehmen reduzierte dies Kosten, da die Zuckerrohrschneider*innen Zuckerrohr nun auf weniger Haufen sammelten. Für die manuellen Arbeiter*innen bedeutete die Änderung jedoch, dass sie mehr Zeit für das Sammeln des Zuckerrohrs aufwenden mussten, da sich ihre Wege verlängerten, die Arbeitsbelastung stieg und der nach Produktionsmenge berechnete Lohn sank (Alves 1991: 130–131).¹⁴ Bereits im Jahr 1983 kam es zu ersten kleineren wilden Streiks ohne Beteiligung der Gewerkschaften als Reaktion auf die in einzelnen Firmen durchgesetzten Änderungen. 1984 stellten weitere Unternehmen auf das Sieben-Reihen-System um. Zudem erhöhten sich im selben Jahr die Wasserpreise innerhalb weniger Monate um 900 Prozent. Dies verstärkte die bereits vorhandene Unzufriedenheit der Arbeiter*innen über ihre prekären Arbeitsverhältnisse, sodass sich Anfang Mai 1984 ausgehend von kleineren Streiks einzelner Arbeitsteams ein Generalstreik der Zuckerrohrarbeiter*innen in Guariba entwickelte. Mehr als 5.000 Zuckerrohrschneider*innen versammelten sich und brachten ihren Unmut über ihre prekären Arbeitsbedingungen und die Wasserpreiserhöhungen zum Ausdruck. Sie protestierten auf den Straßen Guaribas, besetzten Zuckerrohrfabriken in der Region, brannten Zuckerrohrfelder ab und zerstörten das Gebäude der staatlichen Wasserbehörde *Companhia de Saneamento Básico do Estado de São Paulo* (Alves 1991: 130–136).¹⁵

Obwohl sich die Regierung São Paulos und die Zuckerunternehmen bemühten, schnell auf die Forderungen der Arbeiter*innen einzugehen und mit den streikenden Arbeiter*innen und Landarbeiter*innengewerkschaften noch in der selben Woche ein Abkommen schlossen, in dem sie 13 der 19 Forderungen der Arbeiter*innen annahmen, breitete sich der Streik auf andere Regionen São Paulos und bis in die Bundesstaaten Minas Gerais, Parana und Rio de Janeiro aus. Insgesamt streikten im Jahr 1984 rund 150.000 Landarbeiter*innen, wovon ca. 110.000 im Zuckerrohrsektor und 40.000 im Orangensektor angestellt waren (Alves 1991: 139–143). Der Streik von 1984 in Guariba stellte nur den Anfang einer Reihe jährlicher großer Streiks im Zuckerrohrsektor bis Ende der 1980er Jahre dar. So organisierten sich beispielsweise 1987 mehr als 100.000 Landarbeiter*innen, mehrheitlich Zuckerrohrschneider*innen, zum Streik. Sie forderten eine transparentere Bezahlung und höhere Löhne (Alves 1991).

14 L_A_11, 13; G_A_2.

15 L_LG_15.

Die Streiks im Zuckerrohrsektor São Paulos sind aus mehreren Gründen bemerkenswert. Francisco Alves (1991) bewertete sie als Ausdruck eines Prozesses, während dessen Zuckerrohrschneider*innen nicht nur ihre eigene kollektive Stärke erkannten, sondern auch ihr Klassenbewusstsein als Lohnarbeiter*innen entwickelten. Dies zeige sich daran, dass sie lohnarbeiter*innenspezifische und nicht mehr bäuerliche Forderungen aufstellten: Sie setzten sich für höhere Löhne und mehr Kontrolle über den Arbeitsprozess ein, woraus auch die ersten Tarifverträge im Sektor hervorgingen. Bäuerliche Forderungen wie das Streben nach eigenem Land traten in den Hintergrund. Zudem stellten die zunächst wilden Streiks eine Kritik an den bestehenden gewerkschaftlichen Strukturen und der fehlenden gewerkschaftlichen Repräsentation dar. Kämpferische Arbeiter*innen und progressive Gewerkschafter*innen der *FETAESP* und *STRs* etablierten sich in diesen Streiks als von Arbeiter*innen akzeptierte Anführer*innen und beschlossen schließlich die Neugründung alternativer Gewerkschaften um die *FERAESP* (Alves 1991).¹⁶ Die Streiks der 1980er Jahre waren somit nicht nur Kämpfe für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen, sondern auch für die Herausbildung gewerkschaftlicher Strukturen und die Kontrolle über die Produktion.

In den 1990er Jahren konnten die Landarbeiter*innengewerkschaften die Dynamik der 1980er Jahre nicht aufrechterhalten, sodass sich Anzahl und Größe der Streiks verringerten. Gleichzeitig blieben Streiks ein wichtiges Mittel von Zuckerrohrarbeiter*innen, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen. Sie forderten insbesondere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, aber auch die Anerkennung der alternativen Gewerkschaften der *FERAESP* durch die Zuckerrohrunternehmen und durch das Arbeitsministerium, welche die *FERAESP* erst 1997 offiziell registrierte (Alves 1993; de Oliveira 2009: 486–487; Thomaz Júnior 2002: 326–337).

Der Streik von 1993 in sieben Gemeinden um Pitangueiras, einer Kleinstadt nahe Ribeirão Preto, war dabei emblematisch für die Beziehung der verschiedenen Gewerkschaften untereinander und ihrer Stärke. Insgesamt streikten schätzungsweise 30.000 bis 50.000 Zuckerrohrarbeiter*innen. Der Streik dauerte 15 Tage und wurde von der *FERAESP* organisiert. Grund des Streiks waren niedrige Löhne, fehlender Arbeitsschutz, das Verhalten der Vorarbeiter*innen sowie die Reduktion von Arbeitsplätzen. Die Arbeiter*innen hatten eine lange Forderungsliste, auf der sie höhere Löhne, Lohnnachzahlungen, die Bezahlung nach geernteten Metern statt geernteter Tonne und die Einhaltung

16 | LG_20.

des Tarifvertrags zwischen Industrie und *FETAESP*, welche die Arbeiter*innen offiziell vertrat, einforderten. So stellten Unternehmen beispielsweise entgegen dem Tarifvertrag keine kostenlosen Arbeitsmittel oder Schutzkleidung zur Verfügung. Auch waren die aufgestellten hohen Mindestproduktionsziele und deren repressive Durchsetzung durch Vorarbeiter*innen, etwa durch Verwarnungen oder Entlassungen, Teil der Kritik der Arbeiter*innen. Das Ergebnis der Streiks war ambivalent. Durch den Streik erreichten die manuellen Arbeiter*innen eine 34-prozentige Gehaltserhöhung. Anderen Forderungen gaben die Unternehmen jedoch kaum nach (Alves 1993: 135–137; Thomaz Júnior 2002: 326–328). Dies lag daran, dass sich die Erntemaschinenfahrer*innen (1997/1998 lag der Mechanisierungsgrad in São Paulo bei ca. 17 Prozent (Chiovetti 1999: 157; Coletti 1996: 213)), die zumeist von Transportgewerkschaften vertreten wurden, dem Streik nicht anschlossen, sondern weiterhin arbeiteten. Somit konnte die Streikbewegung die Produktion der Unternehmen nicht vollständig unterbrechen, sondern nur reduzieren (Thomaz Júnior 2002: 327). Ein weiterer Grund, der den Streik schwächte, war die Position der *FETAESP*, die genau wie die Zuckerrohrunternehmen den Streik nicht anerkannte, sondern ihn als illegal einstufte. Grund hierfür war die Konkurrenz zwischen der *FETAESP* und *FERAESP* um die Vertretung der Zuckerrohrarbeiter*innen, welche die *FETAESP* der *FERAESP* nicht zugestehen wollte (Alves 1993: 136). Auch in den Folgejahren organisierten die *FERAESP* und ihre *SERs* immer wieder punktuelle Streiks, um formell anerkannt zu werden. Die Kämpfe waren somit immer eine Verbindung von Forderungen für ökonomische Verbesserungen der Arbeiter*innen und gleichzeitig für die Anerkennung einer alternativen Gewerkschaftsstruktur. Eine weitere Taktik, die die *FERAESP* insbesondere Mitte der 1990er Jahre anwandte, war folgende: Sie ließ die *FETAESP* als legale Vertretung der Arbeiter*innen die Tarifverhandlungen mit den Unternehmen beginnen. Anschließend organisierte sie Arbeiter*innen zum Streik, um damit Druck auf die *FETAESP* und Unternehmen auszuüben, bessere Abschlüsse auszuhandeln und gleichzeitig zu zeigen, dass sie die »legitime« Vertretung der Arbeiter*innen sei (Thomaz Júnior 2002: 330).

Bereits im Streik 1993 zeigte sich, dass es keine gemeinsamen Streiks von manuellen Arbeiter*innen und Maschinenfahrer*innen gab (Thomaz Júnior 2002: 327). Dies griff die *FERAESP* auf und versuchte sich mit anderen Gewerkschaften wie der Transport-, Chemie- und Nahrungsmittelgewerkschaft zusammenzutun und gemeinsame Streiks zu organisieren, wie im Vorfeld der Tarifverhandlungen 1995. Trotz einer gemeinsamen Absprache auf einem Kongress in Limeira im Bundesstaat São Paulo scheiterte dies größtenteils,

sodass es nur zu kleineren, lokalen Arbeitsniederlegungen und nicht wie erhofft zu einem größeren Streik kam. Des Weiteren nahmen die beteiligten Gewerkschaften direkt die jeweiligen arbeiter*innengruppen- und damit gewerkschaftsspezifischen vom Unternehmen vorgelegten Tarifverträge an, womit auch die Idee gemeinsamer Tarifverhandlungen gescheitert war (de Oliveira 2009: 486–487; Thomaz Júnior 2002: 331–337).

Im weiteren Verlauf der 1990er Jahre gab es nach wie vor Streiks, die jedoch meistens ausschließlich von Arbeiter*innen eines Unternehmens ausgetragen wurden. Insgesamt verloren die Arbeiter*innenbewegung und ihre Streiks an Stärke (Thomaz Júnior 2002: 333). An manchen Orten konnte sie dennoch wichtige Errungenschaften erkämpfen. Ein Beispiel hierfür ist der Streik in Cosmópolis im Jahre 1998. In diesem Streik kämpften Arbeiter*innen für eine transparente Bezahlung und um Kontrolle über den Arbeitsprozess. In der Regel werden manuelle Zuckerrohrarbeiter*innen in São Paulo wöchentlich nach geernteter Menge Zuckerrohr bezahlt. Nach dem gängigen Verfahren – *campeão* (dt. Sieger) genannt – müssen die Arbeiter*innen den Unternehmen jedoch vertrauen, dass sie die geernteten Tonnen pro Arbeiter*in korrekt wiegen und berechnen. *Campeão* ist ein Stichprobensystem und funktioniert so, dass zu Beginn eines Arbeitstags ein Lastwagen beladen mit Zuckerrohr von drei verschiedenen Stellen des Feldes zur Firma gefahren und dort gewogen wird. Ausgehend davon findet die Umrechnung von Tonnen pro Meter statt (Menezes et al. 2015: 294). In Cosmópolis vertrauten die Zuckerrohrarbeiter*innen der Usina Ester nicht, ihre Arbeitsleistung korrekt zu bezahlen. Deshalb streikten die Zuckerrohrschneider*innen gemeinsam mit der *SER Cosmópolis* im Jahre 1998. Sie forderten und erkämpften dabei eine Umstellung des Systems *campeão* auf die *quadra fechada* (dt. abgeschlossene Fläche) – eine Idee eines Arbeiters.¹⁷ Die *quadra fechada* funktioniert folgendermaßen: statt Proben einzelner Stellen zu nehmen und damit das Gewicht hochzurechnen, wird das zu erntende Feld in Rechtecke, also *quadras fechadas*, eingeteilt. Lastwagen werden jeder *quadra fechada* zugeordnet und bringen die Ernte zur Waage. An dieser überprüft ein*e Mitarbeiter*in der Gewerkschaft die tatsächlich geerntete Menge Zuckerrohr. Dadurch gewannen sie nicht nur mehr Kontrolle über den Arbeitsprozess, sondern auch ein höheres Einkommen durch die korrekte Erfassung des geernteten Zuckerrohrs (Correa 2011). Interessanterweise ist diese Form der Kontrolle über die eigene Ernte eine Ausnahme in São Paulo. Laut der Gewerkschaftspräsidentin der *SER Cosmópolis* gibt es das System der *quadra fechada* nur in der

17 | LG_23.

Usina Ester, obwohl Zuckerrohrarbeiter*innen auch in anderen Unternehmen mit dem System *campeão* unzufrieden sind.¹⁸ Möglich war dessen Durchsetzung aufgrund der Stärke des Streiks, der gemeinsam von Arbeiter*innen und der Gewerkschaft organisiert und durchgeführt wurde. Der erfolgreiche Streik verstärkte zudem das Vertrauen zwischen Arbeiter*innen und Gewerkschaften (Correa 2011).¹⁹

8.1.2 Streiks im Zuckerrohrsektor in São Paulo: Die Phase zwischen 2002 und 2016

Die in den 1990er Jahren einsetzenden Tendenzen im Zuckerrohrsektor in São Paulo, dass sich die Streikgröße und -häufigkeit reduzierten, setzten sich in den 2000er Jahren fort. Arbeiter*innen im Zuckerrohrsektor streikten immer seltener. Mobilisierten sich Arbeiter*innen zum Streik, waren diese kleiner in ihrem Umfang. Insgesamt waren weniger Arbeiter*innen beteiligt und die Streiks wurden fast ausschließlich an einzelnen Zuckerrohrfabriken ausgetragen. Eine weitere Veränderung war die Verkürzung der Dauer der Streiks, die in diesem Zeitraum häufig nur noch wenige Tage andauerten.²⁰

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass die sinkenden Streikzahlen in São Paulos Zuckerrohrsektor vor allem auf abnehmende Mobilisierung manueller Arbeiter*innen zurückzuführen sind. Auf den Zuckerrohrfeldern gab es seit jeher mehr Streiks manueller Arbeiter*innen im Vergleich zu mechanisierten Arbeiter*innen. Auch zwischen 2002 und 2016 initiierten manuelle Arbeiter*innen deutlich mehr Streiks und wilde Streiks als mechanisierte Arbeiter*innen.²¹

Arbeitskämpfe manueller Arbeiter*innen nahmen zwischen 2002 und 2016 nicht linear ab. Eine Ausnahme bildeten Streiks in verschiedenen Firmen rund um Sertãozinho nahe Ribeirão Preto im Jahre 2008. In den Usinas Bela Vista, Basan, Carolo und Albertina legten zwischen 5.000 und 10.000 manuelle Arbeiter*innen gleichzeitig ihre Arbeit nieder. Obwohl Autor*innen wie Leonardo Sakamoto von einem »zweiten Guariba« sprachen, verbanden sich im Unterschied zu 1984/1985 die Kämpfe der Arbeiter*innen nicht an einem gemeinsamen Ort. Stattdessen verblieben die Streikenden jeweils an ihren Arbeits-

18 I_LG_23.

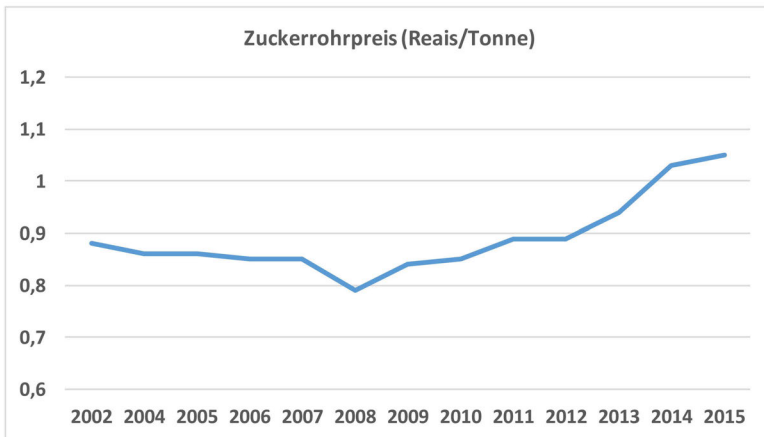
19 I_LG_23.

20 I_LG_5, 8, 13, 18, 25; I_TG_5, 6, 7; I_A_11; G_W_4; I_S_3; I_AL_7.

21 Ausgewertete Zeitungartikel & Berichte zu Streiks; I_A_11, 16; I_LG_8, 19, 22; I_U_2.

plätzen und protestierten dort (Sakamoto 2009). Anlass der Streiks war die zunehmende Intensivierung des manuellen Zuckerrohrschneidens bei zugleich sinkenden Reallöhnen. Nachdem der Lohn pro geernteter Tonne Zuckerrohr bereits in den Jahren zuvor stagnierte und nur in etwa parallel zur Inflation anstieg, nahmen die inflationsbereinigten Löhne, die sich aus dem gezahlten Preis pro Tonne berechnen, im Jahr 2008 signifikant ab (siehe Abbildung 8) – trotz massiver Investitionen und öffentlicher Subventionen für die Unternehmen. Damit erhöhte sich der Druck auf manuelle Arbeiter*innen weiter, produktiver zu arbeiten, um nicht noch weniger zu verdienen. Erntete, basierend auf den Daten des Forschungsinstituts *Instituto de Economia Agrícola*, ein*e Zuckerrohrschneider*in im Jahr 2000 durchschnittlich 7,7 Tonnen pro Tag, stieg dieser Wert auf 8,7 Tonnen im Jahr 2010 (Baccarin 2016: 130; Reis 2017: 177). Andere Autor*innen verweisen darauf, dass die Intensität der Zuckerrohrernte je Arbeiter*in bis Ende der 2000er Jahre sogar noch stärker angestiegen sei, etwa auf durchschnittlich 12 Tonnen pro Tag (Milano/Pera 2011: 15; Pitta 2016).

Abbildung 8: Bezahlung pro Tonne Zuckerrohr 2002–2015



Quelle: Reis (2017: 177), eigene Darstellung (Daten sind inflationsbereinigt, Ausgangswert Juli 1994)

Mit der Lohnkürzung war für die Arbeiter*innen eine Schwelle des Zumutbaren überschritten. Es war ein Lohn, für den sie nicht arbeiten und sich aus-

beuten lassen wollten. Sie forderten dementsprechend eine Verbesserung ihres Einkommens. Die Streiks waren zum Teil sehr konfrontativ. Arbeiter*innen der Usina Albertina versuchten, mit Menschenketten die Durchfahrt von Bussen und den Einsatz von Streikbrecher*innen zu verhindern. Daraufhin kontaktierte das Unternehmen die Polizei, welche die Durchfahrt gewaltsam ermöglichte und dabei einige Arbeiter*innen verletzte und festnahm. Zu Beginn war es ein wilder Streik. Allerdings nahmen die Arbeiter*innen im Laufe des Streiks Kontakt zur *FERAESP* und deren lokalen Gewerkschaften auf, die im weiteren Verlauf die Arbeiter*innen bei ihrem Streik und den Verhandlungen unterstützte (Garvey et al. 2015: 86; Menezes/Cover 2015: 218–219; Menezes et al. 2015: 289–290; Repórter Brasil 2009a: 9–11). Mit den mehrtägigen Streiks – in manchen Unternehmen dauerten sie bis zu 14 Tage an – konnten die Arbeiter*innen Verbesserungen erzielen: die Unternehmen erhöhten den Grundlohn von 450 auf 500 Reais (99 auf 110 Euro) und den Preis pro geernteter Tonne um ca. zehn Prozent (Correa et al. 2015: 10; Folha de S. Paulo 2008b, 2008c; Repórter Brasil 2009a: 9–11). Allerdings entließen sie nach den Streiks einige Anführer*innen des Streiks (Menezes/Cover 2015: 218–219).

Der Streik war allerdings nicht nur eine Auseinandersetzung zwischen Arbeiter*innen und Unternehmen. Im Gegensatz zur *FERAESP* unterstützte die lokale und offiziell zuständige Landarbeitergewerkschaft *STR Pontal* den Streik nicht, weshalb 150 Arbeiter*innen vor deren Gebäude protestierten. Dieser Protest verdeutlicht, dass Arbeiter*innen auch über 20 Jahre nach Ende der Militärdiktatur unzufrieden mit einigen Gewerkschaften waren und nach wie vor Spaltungen zwischen ihnen existierten. Zudem manifestiert sich darin der ideologische Unterschied zwischen den konservativeren *FETAESP*-Gewerkschaften, die den Streik in Form der *STR Pontal* nicht unterstützten, und den progressiveren *FERAESP*-Gewerkschaften. Gleichzeitig zeigt sich, dass Unternehmen versuchen, dies gezielt auszunutzen. So beriefen sich die Unternehmen Usina Basan und Bela Vista zunächst auf die bestehenden Tarifverträge mit der *STR Pontal*, um die Legimität des Streiks anzuzweifeln und den Streik zu schwächen (Folha de S. Paulo 2008a; Vermelho 2008).

Streiks waren in den 1980er und 1990er Jahren immer auch ein wichtiges Mittel für die alternativen, noch nicht registrierten *FERAESP*-Gewerkschaften, um die bestehende Struktur um die *FETAESP*-Gewerkschaften herauszufordern. Diese Kämpfe reduzierten sich insbesondere mit der Entscheidung des Arbeitsgerichts im Jahr 2001, das der *FERAESP* ab 2002 die Vertretung der

Lohnabhängigen im Zuckerrohrsektor zusprach (Milano/Pera 2011).²² Nichtsdestotrotz gab es diese Form von Kämpfen nach wie vor. Ein Beispiel hierfür war der Streik in der Usina Decasa in der Gemeinde Presidente Venceslau nahe Presidente Prudente. Hier versuchten Gewerkschafter*innen der *FERAESP* bereits seit mehreren Jahren, Arbeiter*innen zu organisieren und für ihre Gewerkschaft zu gewinnen. 2005 gelang es den *FERAESP*-Gewerkschafter*innen letztlich, 1.100 manuelle Arbeiter*innen, größtenteils aus der Region, zum Streik zu mobilisieren. Aufgrund des erfolgreichen Streiks gewannen sie das Vertrauen und die Unterstützung der Arbeiter*innen und konnten 2006 mit Hilfe der Stimmen der Arbeiter*innen die Präsidentschaftswahlen der *STR Presidente Venceslau e Marabá Paulista* gewinnen.²³

Während Streiks von manuellen Arbeiter*innen über den betrachteten Zeitraum von 2002 bis 2016 hinweg abnahmen, verblieb die Anzahl der Streiks von Fahrer*innen auf niedrigem Niveau. Die niedrige Streikanzahl von mechanisierten Arbeiter*innen ist darauf zurückzuführen, dass sie lange Zeit kaum eigene Streiks organisierten und eher – jedoch auch nur vereinzelt – auf Initiative der manuellen Arbeiter*innen mitstreikten.²⁴ Zudem nutzen einige Transportgewerkschaften Streiks sehr selten oder gar nicht als Mittel der Interessendurchsetzung, da sie friedliche Verhandlungen bevorzugen und argumentieren, ihre Forderungen ohne Streiks durchsetzen zu können.²⁵ In der betrachteten Phase zwischen 2002 und 2016 setzten Transportgewerkschaften Streiks zu unterschiedlichen Zeitpunkten ein.²⁶ Manche Gewerkschaften nutzten dieses Mittel eher Anfang der 2000er Jahre, um auf die damalig schlechteren Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen und bessere Tarifverträge auszuhandeln.²⁷ Andere Transportgewerkschaften wiederum setzten Streiks insbesondere zwischen 2009 und 2014 strategisch ein, um ihre mit der Zunahme der Mechanisierung, d.h. einer steigenden Zahl an Fahrer*innen, und der abnehmenden Arbeitslosigkeit in São Paulo hohe Verhandlungsmacht auszunutzen und bessere Tarifabschlüsse zu erreichen.²⁸ Eine dritte Gruppe dieser Gewerkschaften wählt Streiks generell nur als letztes Mittel,

22 |_LG_15, 22, 25.

23 |_LG_6, 9.

24 |_A_5; |_LG_11, 19, 22.

25 |_TC_1, 2, 3, 4, 7.

26 |_TC_1, 2, 3, 4, 7, 8; ausgewertete Zeitungsartikel & Berichte zu Streiks.

27 |_TC_2.

28 |_TC_8.

wenn der Dialog mit Unternehmen keine Verbesserungen hervorbrachte und Arbeitsbedingungen unter eine »akzeptable« Schwelle fielen. Hierzu zählen vor allem Situationen, in denen Unternehmen aufgrund ihrer drohenden Insolvenz Löhne verspätet oder nicht auszahlten. Dies ereignete sich vor allem ab 2009.²⁹

Streiks fanden im Untersuchungszeitraum zwischen 2002 und 2016 fast immer isoliert in einer Fabrik statt. Obwohl Gewerkschaften – insbesondere die *FERAESP* – anstreben, auf die wachsende Konzentration der Unternehmen im Zuge der agrarindustriellen Transformation mit Streiks an mehreren Standorten eines Unternehmens zu reagieren, fand dies kaum statt.³⁰ Ein Streik, in dem dies versucht wurde, erfolgte im Juni 2012 in der Usina São Francisco, Teil des Unternehmens Grupo Econômico Balbo, in der Region Sertãozinho. Dort streikten über 300 Lkw-Fahrer*innen und mechanisierte Arbeiter*innen für höhere Löhne und kürzere Arbeitstage. Nach Beginn des Streiks versuchte die zuständige Transportgewerkschaft in Sertãozinho, den Streik auf die Usina Santo Antônio – ebenfalls Teil der Grupo Econômico Balbo und in Sertãozinho angesiedelt – auszuweiten. Dies gelang jedoch nicht, da der Geschäftsführer der Usina Santo Antônio mit den dortigen Fahrer*innen bereits eine Abmachung verhandelt hatte, bevor die Gewerkschaft die Arbeiter*innen bat, auch in den Streik zu treten. Diese Abmachung beinhaltete, dass die Angestellten der Usina Santo Antônio während der Zeit des Streiks eine Lohnerhöhung und ebenso alle durch den Streik in der Usina São Francisco erreichten Verbesserungen bekommen würden. Zudem würde ihre Erntesaison verlängert. Dies führte zu Diskussionen innerhalb der Arbeiter*innenschaft. Die älteren festangestellten Fahrer*innen, die ihren Arbeitsplatz nicht durch die Teilnahme am Streik gefährden wollten, sprachen sich für, die jüngeren temporär angestellten Fahrer*innen mehrheitlich gegen das Abkommen mit dem Unternehmen aus. Letztlich setzten sich die älteren Fahrer*innen durch und sie stimmten dem Abkommen zu. Als die Gewerkschaft dann mit den Arbeiter*innen sprach, war die Entscheidung bereits gefallen, weshalb die Arbeiter*innen der Usina Santo Antônio während des Streiks der Kolleg*innen der Usina São Francisco weiterarbeiteten.³¹ Der Streik an der Usina São Francisco war dennoch erfolgreich und dauerte 22 Tage an. Die dortigen Arbeiter*innen erkämpften Erhöhungen des vorher für alle Fahrer*innen gültigen Grund-

29 I_TG_1, 3, 4, 6, 7; ausgewertete Zeitungsartikel & Berichte zu Streiks.

30 I_LG_8, 13, 22, 25; G_W_4; TB_LG_1.

31 I_A_9.

lohns von 884 Reais (194 Euro) je nach Tätigkeit um 42, 53 bzw. 62 Prozent auf 1260 (277 Euro), 1356 (298 Euro) bzw. 1440 Reais (317 Euro) sowie monatliche Essensmarken im Wert von 70 Reais (15 Euro). Zudem handelten sie eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von neun Stunden und 50 Minuten auf acht Stunden und die Bezahlung von acht der 22 Streiktage aus (Folha de S. Paulo 2012; Globo 2012; Pedrini 2012). Diese Verbesserungen kamen letztlich sowohl den Arbeiter*innen der Usina São Francisco als auch der Usina Santo Antônio zugute. Der einzige Unterschied: Einige der streikenden Fahrer*innen der Usina São Francisco wurden nach der Erntezeit entlassen bzw. bekamen keinen neuen Vertrag in der nächsten Ernteperiode, die Arbeiter*innen der Usina Santo Antônio hingegen erhielten zusätzliche Prämien.³²

Gemeinsame Streiks verschiedener Arbeiter*innengruppen im Zuckerrohrsektor sind selten. In der Regel streikt jede Arbeitergruppe für sich. Auch dass sich Arbeiterkämpfe verschiedener Arbeiter*innengruppen spontan verbinden oder dass Arbeiter*innen anderer Arbeiter*innengruppen solidarisch mitstreiken, kommt selten vor.³³ Eine Ausnahme stellte der Streik 2010 in der Usina Santa Cruz Américo Brasiliense dar. Das Unternehmen, inzwischen Teil des Konzerns São Martinho, beschäftigte zu diesem Zeitpunkt viele Leiharbeiter*innen in allen Bereichen des Konzerns: bei der Zuckerrohrernte, beim Transport und in der Weiterverarbeitung. Dadurch erhielten Arbeiter*innen gleicher Tätigkeiten unterschiedlich hohe Löhne (zum Teil lag die Differenz bei 30 Prozent) und besaßen unterschiedliche Rechte. Diese Praxis benachteiligte nicht nur Leiharbeiter*innen, es war – bis zur Arbeitsreform 2017 – auch illegal (Barbosa Garcia 2017; Carvalho 2019). Um diese Praxis zu stoppen, streikten Arbeiter*innen verschiedener Arbeiter*innengruppen. Initiatorin dieser Streiks war die lokale Landarbeiter*innengewerkschaft *SER Araraquara*, die es schaffte, Arbeiter*innen aus den Bereichen Zuckerrohrernte, Transport und Weiterverarbeitung zum Streik zu mobilisieren. Dies ist bemerkenswert, da in der Vergangenheit Versuche oft gescheitert waren, gemeinsame Streiks zu organisieren. Gerade die *FERAESP*-Gewerkschaften – zu denen auch die *SER Araraquara* gehört – verfolgten dieses Ziel. In diesem Fall gelang es der *SER Araraquara*, die Arbeiter*innen trotz Zurückhaltung ihrer Gewerkschaften (Transport- und Industriegewerkschaft) von einem gemeinsamen Streik zu überzeugen, sodass auch die Transportgewerkschaft und die Industriegewerkschaft den Streik unterstützten. Die Streikbewegung

32 I_A_9.

33 G_W_2, 4; I_SB_6; I_A_9; I_AL_1.

schaftte es dadurch, dass das Unternehmen keine Leiharbeiter*innen mehr anstellte, sondern alle Arbeiter*innen direkt beschäftigte (Garvey et al. 2015: 88–89).³⁴

Weitere Streiks, in denen sich die Kämpfe verbanden, verbreiteten sich insbesondere seit Beginn der Krise des Sektors Anfang der 2010er Jahre. Schwächere Unternehmen hatten ab diesem Moment Probleme, ihre Ausgaben zu decken. So bezahlten sie Löhne beispielsweise verspätet, nur teilweise oder gar nicht oder zahlten nicht in den *Fundo de Garantia por Tempo de Serviço* (FGTS, dt. Garantiefonds für die Beschäftigungsdauer) von Arbeiter*innen – einen Garantiefonds für Arbeiter*innen, in den Unternehmen einzahlen und den Arbeiter*innen etwa im Falle der Entlassung abrufen können – ein.³⁵ In diesen Momenten kam es vermehrt zu Streiks (Garvey/Barreto 2016: 191).³⁶ Es streikten einzelne Arbeitsteams oder einzelne Arbeiter*innengruppen, häufig aber auch alle Arbeiter*innengruppen und deren Gewerkschaften gemeinsam. Beispiele hierfür sind drei Streiks im Zeitraum November 2013 bis Januar 2014 in der Usina Maringá in der Region Araraquara, in der über 800 Arbeiter*innen aus allen Bereichen des Unternehmens streikten und ausbleibende Löhne sowie fehlende Sozialversicherungszahlungen vom Unternehmen einforderten. Die Streiks dauerten bis zu zehn Tage, wobei das Unternehmen auch die Polizei rief, um den Zugang zum Unternehmen zu gewährleisten. Zudem beschuldigte es die Arbeiter*innen des Vandalismus. Trotz des gemeinsamen Arbeitskampfes schafften es die Arbeiter*innen nicht, ihre Rechte vollständig durchzusetzen. Das Unternehmen meldete in der Folge Insolvenz an, sodass die Usina Maringá letztlich nur 20 Prozent der Arbeiter*innen vollständig entschädigte (Correa et al. 2015: 12–13; Observatório dos Conflitos Rurais em São Paulo 2016). Diese Form der gemeinsamen Kämpfe gab es u.a. 2012 in der Usina Floralco in Flórida Paulista und 2014 in den Usinas Carolo und Santa Rita in Pontal in der Nähe von Ribeirão Preto (Pedrini 2014).³⁷

Innerhalb des betrachteten Zeitraums der agrarindustriellen Transformation änderte sich die Zielsetzung der Streiks. Bis 2014 waren die größeren

34 I_LG_19, 21.

35 Unternehmen sind verpflichtet, zusätzlich zu den Lohnzahlungen 8 % des Gehalts ihrer Angestellten an den FGTS abzuführen. Diesen Fonds können Arbeiter*innen im Falle der Entlassung oder von schweren Krankheiten abrufen (Caixa 2019; FGTS o.J.).

36 Ausgewertete Zeitungartikel & Berichte zu Streiks.

37 I_LG_4; I_A_17.

Streiks sowohl defensiver als auch offensiver Natur.³⁸ Arbeiter*innen fordern in defensiven Streiks bestehende, bereits in Tarifvertrag oder Arbeitsrecht verankerte Rechte ein, die Unternehmen nicht einhalten (DIEESE 2017: 4). Bis 2014 gehörten zu diesen defensiven Streiks vor allem die Forderungen nach der Bereitstellung kostenloser Arbeitsmittel und Schutzkleidung, die Einhaltung von gesetzlichen Mindeststandards bei der Unterbringung und Versorgung von Migrant*innen in Sammelunterkünften und auf dem Feld, die Einhaltung von Pausen und die Zahlung ausstehender Löhne (Correa et al. 2015; Folha de S. Paulo 2009: 12).³⁹ In offensiven Streiks hingegen fordern Arbeiter*innen neue Rechte oder die Ausweitung und Verbesserung bestehender Arbeitsstandards (DIEESE 2017: 4). Hierzu gehören Streiks für Lohnerhöhungen, eine transparentere Bezahlung, eine Änderung des Schichtsystems von 5+1 (5 Arbeitstage und ein Tag Pause) auf 6+1 (sechs Arbeitstage und ein Tag Pause), kürzere Arbeitszeiten, eine bessere medizinische Unterstützung auf den Feldern oder die Anerkennung neuer Gewerkschaften (CONTAG 2008; Repórter Brasil 2009a; Sakamoto 2009).⁴⁰ Ab 2014 änderte es sich dahingehend, dass defensive Streiks zur Einforderung bestehender Arbeitsrechte dominierten. Insbesondere ausbleibende Zahlungen des Lohnes oder in den Garantiefonds FGTS waren dominant. Hierbei zeigte sich auch eine leichte Differenz zwischen manuellen und maschinellen Arbeiter*innen. So fand der letzte – mir bekannte – offensive Streik der manuellen Arbeiter*innen 2011 für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen statt. Bei den mechanisierten Arbeiter*innen setzte dieser Prozess, dass defensive gegenüber offensiven Streiks überwogen, erst 2014 ein (Correa et al. 2015: 12–13; Observatório dos Conflitos Rurais em São Paulo 2016).⁴¹

Eine besondere Form defensiver Streiks sind punktuelle, d.h. örtlich und zeitlich begrenzte, spontane wilde Streiks am Arbeitsplatz. Wild, also ohne Beteiligung von Gewerkschaften, sind Streiks zumeist dann, wenn Anliegen und Unmut der Arbeiter*innen spontan entstehen oder wenn Arbeiter*innen kein Vertrauen oder keinen Kontakt zu Gewerkschaften haben. Wilde Streiks existieren

38 | _LG_6, 7, 9, 12, 19, 22; _A_9, _TG_8; ausgewertete Zeitungsartikel & Berichte zu Streiks.

39 | _LG_6, 12, 22; _AL_5.

40 | _LG_6, 7, 9, 19; _A_9, _TG_8.

41 | Ausgewertete Zeitungsartikel & Berichte zu Streiks; _LG_4, 6, 9, 10, 12; _A_12, 14, 17; _AL_7; _TG_2, 8.

tieren in allen Arbeiter*innengruppen auf Zuckerrohrfeldern, sind aber seltener bei mechanisierten Arbeiter*innen als bei manuellen.⁴²

Oftmals ging es in den wilden Streiks um die Höhe des gezahlten Zuckerrohrpreises. Wie beschrieben, gaben Unternehmen zu Beginn des Tages immer den Zuckerrohrpreis bekannt, der sich nach Qualität des Zuckerrohrs sowie der Schwierigkeit der Ernte berechnete. Waren die Arbeiter*innen der Ernteteams mit dem vorgeschlagenen Preis nicht einverstanden, weil sie dem Unternehmen nicht trauten, den durch eine Probewiegung ermittelten Preis korrekt bestimmt zu haben, oder weil sie die Schwierigkeit des Erntens nicht adäquat berücksichtigt fanden, legten sie spontan ihre Arbeit nieder. In der Folge versuchten Arbeiter*innen und Unternehmen das Problem zu lösen und einen Kompromiss zu finden. Oftmals riefen Arbeiter*innen und Unternehmen die zuständige Gewerkschaft als Mittlerin hinzu, auch Vorarbeiter*innen oder Gewerkschaftsvertreter*innen auf dem Feld nahmen diese Rolle ab und zu ein. Die Arbeitsniederlegungen dauerten meist nur wenige Stunden bis zur Lösung des Problems und fanden während der Erntezeit sehr häufig, in manchen Unternehmen teilweise gar wöchentlich, statt. In manchen Fällen organisierten sich Arbeiter*innen auch, wenn Probleme der Arbeitssicherheit am Arbeitsplatz bestanden, das Unternehmen beispielsweise keine kostenlose Schutzkleidung stellte, Ungeziefer die Gesundheit manueller Arbeiter*innen gefährdete oder Lohnzahlungen ausstanden.⁴³ Anlass dieser spontanen wilden Streiks, die oftmals nur von einem oder wenigen Arbeitsteams durchgeführt wurden, waren manchmal auch die Auseinandersetzungen um das Ende der Erntesaison. Dieses Problem betraf migrantische Saisonarbeiter*innen, die zu Beginn der Erntesaison einen Arbeitsvertrag ohne Enddatum unterschrieben. Die Abmachung bestand darin, dass dieser bis Ende der Erntesaison gültig sei. Dieses Vorgehen führte teilweise zu Auseinandersetzungen, wenn die Erntesaison auf Anweisung der Unternehmen ungewöhnlich lange andauerte, die Arbeitsmigrant*innen aber zurück zu ihren Familien und auf ihre eigenen Felder wollten.⁴⁴ Streiks für die eigene Entlassung hatten darüber hinaus den Vorteil, dass sie in diesem Falle eine zusätzlich zu den ihnen zustehenden Rechten (etwa Auszahlung der FGTS, ausstehender Urlaubstage, 13. Jahresgehalt) nach Ende ihres Saisonarbeitsvertrags eine Entschädigung für die vorzeitige Entlassung bekamen. Hätten

42 I_LG_22; I_A_9, 16, 17; I_SB_1; I_U_2.

43 I_A_11, 13, 16; I_AL_5; I_LG_4, 5, 8, 10, 12, 22, 23, 25; I_TG_2, 8; I_SB_1, 4.

44 I_A_14; I_LG_4, 12, 13; I_S_5; I_SB_7.

sie hingegen selbst gekündigt, wären ihnen Rechte wie die Auszahlung des FGTS oder der ausstehenden Urlaubstage verloren gegangen (TST o.J.).⁴⁵

Diese Form der kleineren spontanen eher wilden Streiks ist im betrachteten Zeitraum rückläufig. Ein Grund hierfür ist, dass die Anlässe dieser wilden Streiks mit dem Rückgang der manuellen Ernte wegfielen, da bei der mechanisierten Ernte der Zuckerrohrpreis nicht mehr bestimmt wird. Mit dem Ende der manuellen Ernte reduzierte sich die Arbeitsmigration, weshalb auch die Auseinandersetzungen um das Ende der Erntesaison zurückgingen.⁴⁶ Punktuelle, spontane wilde Streiks existieren jedoch nach wie vor. Gerade wenn Unternehmen Löhne verspätet oder gar nicht zahlen, organisieren sich sowohl manuelle als auch mechanisierte Arbeiter*innen zu diesen Kämpfen.⁴⁷

Bummelstreiks, also eine sogenannte *operação tartaruga* (wörtlich übersetzt »Operation Schildkröte«), sind ein Mittel, das eher seltener von manuellen und mechanisierten Arbeiter*innen und Gewerkschaften genutzt wird. Sie sind zumeist eine Alternative zu punktuellen kürzeren Streiks, mit denen Arbeiter*innen auf Probleme wie ausstehende Lohnzahlungen oder unbefriedigende Zuckerrohrpreise hinweisen und eine Verhandlung mit dem Unternehmen darüber anstoßen möchten.⁴⁸ Der Vorteil dieser Strategie ist, dass die Arbeiter*innen im Vergleich zu Streiks die Produktion nicht vollständig unterbrechen, sondern nach wie vor arbeiten und daher zumindest den täglichen Grundlohn ausgezahlt bekommen. Gleichzeitig laufen Bummelstreiks weniger konfrontativ als andere Streiks ab und verursachen zudem weniger Kosten, da die Produktion des Unternehmens nicht vollständig unterbrochen wird. Auch wenn Unternehmen Arbeiter*innen teilweise nach der Teilnahme an Bummelstreiks entließen, sank die Wahrscheinlichkeit hierfür.⁴⁹ Der Nachteil von Bummelstreiks ist jedoch, dass sie schwerer zu organisieren sind, da ein Bummelstreik zumindest über ein, zwei Tage andauern muss, damit er vom Unternehmen wahrgenommen wird und diesem Kosten dadurch entstehen. Aus diesem Grund müssen Bummelstreiks gut vorbereitet sein. Arbeiter*innen bevorzugen daher häufig spontane Streiks, mit denen schneller ein Resultat erzielt wird.⁵⁰ Da Gewerkschaften und Arbeiter*innen

45 |_SB_7, |_S_5.

46 |_SB_1; |_TC_3, 7, 8; |_AL_5; |_LG_4, 7; |_S_5.

47 |_LG_4, 8, 10, 20; |_TC_2, 8; |_A_17, 20; |_S_1.

48 |_LG_11, 24; |_TC_7; |_A_9, 13.

49 |_LG_11; |_A_9, 13; |_AL_5; |_TC_7.

50 |_LG_11, 24, 25.

nur von einzelnen Bummelstreiks berichteten, ist es schwer abzuschätzen, ob sich diese im Zusammenhang mit der agrarindustriellen Transformation veränderten.

Ein Beispiel eines strategisch eingesetzten Bummelstreiks war ein von der *FERAESP* organisierter Streik in einem Zuckerrohrunternehmen in Catanduva im Jahre 2007. Anlass des Streiks waren illegale Arbeitszeiten und die Unzufriedenheit der Arbeiter*innen mit dem 7+1-Schichtsystem. Die Gewerkschaft setzte vor dem eigentlichen Streik einen Bummelstreik ein. Ziel des Bummelstreiks war es, die Zucker- und Ethanolreserven des Unternehmens zu reduzieren, um mit dem folgenden Streik eine größere Wirkung zu erzielen und das Unternehmen unter größeren (Kosten-)Druck zu setzen, die Forderungen der Arbeiter*innen anzunehmen. Die Landarbeiter*innengewerkschaft wählte den Zeitpunkt des Streiks zudem strategisch aus. Sie organisierte den Streik exakt zu dem Zeitpunkt, als der Besitzer des Unternehmens gemeinsam mit Präsident Lula da Silva auf internationalen Konferenzen auf »Werbetour« für den Zuckerrohrsektor war. Hierdurch versuchte die Gewerkschaft Druck auf das Unternehmen auszuüben, das in diesem Moment kein Interesse an schlechter Presse hatte. Der Streik war ein Erfolg, da das Unternehmen danach reguläre Arbeitszeiten einführte.⁵¹ Gleichzeitig zeigt sich, dass der Streik in Catanduva, der strategisch die neu gewonnene internationale Aufmerksamkeit für den brasilianischen Zuckerrohrsektor auszunutzen versuchte, die Ausnahme blieb.⁵²

8.2 Tarifverhandlungen

In diesem Teil gehe ich auf Tarifverhandlungen als Form des Klassenkampfes von Zuckerrohrarbeiter*innen ein. Zunächst stelle ich die historisch-institutionellen Grundlagen und Entwicklungen von Tarifverhandlungen in Brasilien dar. Daraufhin gehe ich auf Tarifverhandlungen im Zuckerrohrsektor ein, beschreibe deren historische Entwicklung und die Veränderungen im Zuge der agrarindustriellen Transformation.

51 |_LG_24.

52 |_LG_22, 24, 29.

8.2.1 Rechtliche Grundlagen von Tarifverhandlungen in Brasilien

Tarifverhandlungen werden zwischen Arbeitgeber*innen oder deren Vertretungen und Arbeitnehmer*innen oder deren Vertretungen ausgetragen. Ziel von Tarifverhandlungen sind Abschlüsse von Tarifverträgen, in denen Arbeitsbedingungen, die Beziehungen zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen sowie deren Organisationen geregelt sind. Laut brasilianischem Recht stehen Arbeiter*innen und Gewerkschaften Tarifverträge zu – Unternehmen dürfen sich diesen nicht verweigern (Santejano 2004).

Obwohl Tarifverhandlungen in der brasilianischen Arbeitsgesetzgebung bereits seit 1943 vorgesehen waren, führten Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen diese zunächst selten frei durch. Vielmehr legten vor allem Arbeitsgerichte die Inhalte von Tarifverträgen fest. Auch zu Zeiten der Militärdiktatur waren Tarifverhandlungen mehr bürokratisches Ritual denn freie Verhandlung. In dieser Zeit war es jedoch nicht die normative Macht von Gerichten, welche die Verhandlungen einschränkte. Stattdessen legte die Regierung die Lohnerhöhungsraten direkt fest. Erst seit Beginn des *novo sindicalismo* Ende der 1970er Jahre und spätestens mit dem Ende der Militärdiktatur schafften es Gewerkschaften immer öfter, tatsächliche Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen durchzusetzen (Vellay 2001: 140–142).

Obwohl nach Ende der Militärdiktatur Teile des Staatskorporatismus aufgelöst wurden, hielten sich gewisse Elemente dessen. Hierzu gehört die vom Arbeitsministerium vorgegebene Gliederung der Gewerkschaften nach Arbeiter*innengruppen, womit getrennte Tarifverhandlungen und -verträge für verschiedene Arbeiter*innengruppen verbunden sind. Eine Gewerkschaft kann immer nur für ihre eigene Arbeiter*innengruppe Tarifverträge aushandeln (Santejano 2004; Vellay 2001: 148–152). Ein weiteres Element ist die normative Macht von Arbeitsgerichten. Im Falle stockender Tarifverhandlungen können diese von den beiden Verhandlungsparteien angerufen werden und per richterlichem Dekret die Ausgestaltung des neuen Tarifvertrags bestimmen. Die sogenannten *dissídios judiciais* (dt. gerichtliches Abkommen) sind zwar nach der Militärdiktatur deutlich seltener geworden, existieren jedoch nach wie vor (Cardoso/Gindin 2009: 19; Vellay 2001: 141–142, 157–158). Gesetzlich vorgegeben sind zudem der Ablauf von Tarifverhandlungen sowie die Gültigkeit von Tarifverträgen. Gewerkschaften müssen Versammlungen einberufen, in denen sie über ihre Forderungen und den ausgehandelten Tarifvertrag abstimmen lassen. Die Gültigkeit von Tarifverträgen ist auf zwei

Jahre beschränkt. Mindestens alle zwei Jahre müssen Gewerkschaften zu einem gewissen Stichtag, der *data base*, verhandeln. Während der Tarifverhandlungen sind Streiks gemäß Gesetz 7.783/1989 möglich, allerdings nur, wenn es keinen Dialog mehr gibt. Bei Verstößen gegen Tarifverträge können sich die Parteien ans *MTE* wenden, Anzeigen stellen oder Strafzahlungen verhängen, die in den Tarifverträgen festgehalten sind (Cardoso/Gindin 2009: 17–18; Santejano 2004).⁵³

8.2.2 Tarifverhandlungen im Zuckerrohrsektor São Paulos

Gewerkschaften handeln Tarifverträge für die von ihnen vertretenen Berufsgruppen aus. Landarbeiter*innengewerkschaften in São Paulo handeln separate Tarifverträge für verschiedene staatlich definierte Berufsgruppen wie Zuckerrohrarbeiter*innen, Arbeiter*innen im Zitrussektor oder für sonstige Angestellte in der Landwirtschaft aus.⁵⁴ Transportgewerkschaften verhandeln separate Tarifverträge für Angestellte im Zuckerrohrsektor, für Fahrer*innen im Personenverkehr, für Fahrer*innen im Gütertransport etc. (FTTRESP 2013a). Die Zuständigkeiten der Gewerkschaften unterscheiden sich je nach Region. Teilweise vertreten sie in den Verhandlungen nur manuelle Zuckerrohrarbeiter*innen, teilweise auch maschinelle Zuckerrohrarbeiter*innen und in ganz seltenen Fällen alle Arbeiter*innen eines Zuckerrohrunternehmens.⁵⁵ Tarifverträge können auf nationaler, bundesstaatlicher, regionaler, Unternehmens- oder Firmenebene abgeschlossen werden. Nationale, bundesstaatliche und regionale Tarifverträge sind Flächentarifverträge (pt. *convenções coletivas*), die aus Verhandlungen zwischen einer oder mehreren Gewerkschaften und Unternehmensverbänden hervorgehen und für alle Arbeiter*innen dieser Regionen gelten. Haustarifverträge (pt. *acordos coletivos*) werden zwischen einer oder mehreren Gewerkschaften und einem oder mehreren Unternehmen ausgehandelt und gelten auf Unternehmensebene (Santejano 2004; Vellay 2001: 142, 151–152).⁵⁶ Existieren Flächentarifverträge, können Gewerkschaften dennoch versuchen, Haustarifverträge abzuschließen, um auf Unternehmensebene bessere Ergebnisse zu

53 I_LG_27.

54 I_LG_20.

55 I_LG_4, 6, 13, 24; I_TG_2.

56 I_GD_1.

erzielen. Diese Strategie wendeten einige Gewerkschaften nach der Militärdiktatur an. Die bestehenden *federações*, die als staats- und unternehmensnah galten, handelten Flächentarifverträge mit Unternehmensverbänden der jeweiligen Sektoren aus. Alternative Gewerkschaften hingegen, die die Vormacht dieser *federações* brechen wollten, handelten separate Haustarifverträge aus, weshalb diese in den 1990er Jahren im Verhältnis zu Flächentarifverträgen deutlich zunahmen (Vellay 2001: 152–153).

Auch im Zuckerrohrsektor São Paulos lässt sich diese Entwicklung beobachten. Handelte zunächst die *FETAESP* mit dem Unternehmensverband *Federação da Agricultura e Pecuária do Estado de São Paulo* (*FAESP*, dt. Föderation der Vieh- und Landwirtschaft im Bundesstaat São Paulo) Flächentarifverträge aus, erkämpften die lokalen *SER*-Gewerkschaften immer mehr eigene Haustarifverträge für die von ihnen vertretenen Landarbeiter*innen im Zuckerrohrsektor. Die *FETAESP* schloss nichtsdestotrotz weiterhin Flächentarifverträge auf bundesstaatlicher Ebene ab, die jedoch immer weniger Regionen umfasste. Aufgrund dieser Schwächung des ausgehandelten Flächentarifvertrags gewann die von stärkeren lokalen *STR*-Gewerkschaften vorangetriebene Position, ausschließlich Haustarifverträge auszuhandeln, an Gewicht. In der Hoffnung, hierdurch bessere Tarifverträge abzuschließen, änderte die *FETAESP* ab 2008 ihre Strategie und verhandelte seitdem keine Flächentarifverträge mehr auf bundesstaatlicher Ebene in São Paulo. Stattdessen schlossen Gewerkschaften auf lokaler Ebene nur noch Haustarifverträge und vereinzelt regionale Flächentarifverträge ab.⁵⁷ Damit stellt São Paulo eine Ausnahme innerhalb Brasiliens dar. In den meisten anderen Bundesstaaten, in denen Zuckerrohr angebaut wird – etwa Goiás, Paraíba, Pernambuco oder Alagoas – existieren bundesstaatliche Flächentarifverträge von Landarbeitergewerkschaften.⁵⁸

Inzwischen ist innerhalb der Landarbeiter*innengewerkschaften eine neue Debatte um die Neueinführung eines bundesstaatlichen Flächentarifvertrags für den Zuckerrohrsektor entstanden. Obwohl die *FERAESP* seit ihrer rechtlich gesicherten alleinigen Vertretung der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter*innen wieder versucht, einen für alle Zuckerrohrfirmen São Paulos gültigen Tarifvertrag mit dem Unternehmensverband *FAESP* auszuhandeln, ist dies bisher noch nicht gelungen. Neben der Tatsache, dass die Zuckerrohrunternehmen Haustarifverträge bevorzugen, ist dieses Vorhaben bislang insbesondere aufgrund innerer Unstimmigkeiten über die Strategie

57 | LG_10, 11, 13, 15, 16, 20, 28.

58 | LG_28.

der *FERAESP* gescheitert. Zentral ist dabei die Frage, wieviel Autonomie die lokalen Gewerkschaften bereit sind, an die bundesstaatliche Gewerkschaft *FERAESP* abzugeben.⁵⁹ Befürworter*innen von Haustarifverträgen misstrauen entweder der *FERAESP* oder argumentieren, dass durch die lokalen Verhandlungen von Haustarifverträgen die Beziehung zwischen Arbeiter*innen und Gewerkschaften gestärkt würde. Die Befürworter*innen eines Flächentarifvertrags argumentieren hingegen, dass dieser bessere Lohnabschlüsse ermögliche und schwächere lokale Gewerkschaften stärke.⁶⁰ Ausdruck dieser Uneinigkeit ist, dass die *FERAESP* zusätzlich zu den lokalen Tarifverhandlungen einen Forderungskatalog an die *UNICA* schickte, um Gespräche auf bundesstaatlicher Ebene zwischen *FERAESP* und *UNICA* zu forcieren. Diese Gespräche waren jedoch nicht verbindlich und haben nicht den Status von Tarifverhandlungen. Ein organisatorisches Problem war, dass der Forderungskatalog aufgrund von Unstimmigkeiten zumeist erst nach dem offiziell vorgeschriebenen Beginn der Tarifverhandlungen an die *UNICA* geschickt wurde. Zudem unterstützt nur ein kleiner Teil aller Landarbeiter*innengewerkschaften den Forderungskatalog, weshalb dieser die Voraussetzung für Tarifverhandlungen auf bundesstaatlicher Ebene nicht erfüllt.⁶¹

Ähnlich wie bei den Landarbeiter*innengewerkschaften gab es bei den Transportgewerkschaften seit Ende der 1990er Jahre keine bundesstaatlichen Flächentarifverträge mehr und stattdessen Tarifverträge ausschließlich auf regionaler oder vor allem Unternehmensebene. Obwohl es innerhalb der Transportgewerkschaften auch Befürworter*innen von Flächentarifverträgen gibt, existierten bis 2016 keine konkreten Versuche der *federação*, diese wieder einzuführen.⁶²

Ein großes Problem des Systems der Haustarifverträge ist, dass alle Gewerkschaften separat verhandeln. Gleichzeitig besteht jedoch eine gegenseitige Abhängigkeit für Gewerkschaften innerhalb des Sektors sowohl von der eigenen Gewerkschaftsgruppe als auch von Gewerkschaften anderer Berufsgruppen. Lohnerhöhungen orientieren sich immer an denen anderer Tarifabschlüsse. Für Gewerkschaften des Sektors ist es daher schlecht, wenn eine schwache Gewerkschaft frühzeitig einen Tarifvertrag mit niedriger Lohnerhöhung abschließt, auf den sich andere Unternehmen dann berufen. Gut hinge-

59 I_LG_10, 16, 28, 29; TB_LG_1, 2.

60 I_LG_10, 16, 20, 28, 29; TB_LG_2.

61 TB_LG_1, 2; I_LG_11, 16, 28.

62 I_TG_8.

gen ist es, wenn eine starke Gewerkschaft einen arbeitnehmer*innenfreundlichen Tarifvertrag aushandelt, an dem sich Folgeverhandlungen orientieren können.⁶³

Aufgrund dessen versuchen sich die Arbeitgeber*innen- und Arbeitnehmer*innenseite zu organisieren und abzusprechen. Im Falle der Unternehmen nimmt UNICA hierfür die zentrale Rolle ein und unterstützt und koordiniert die Unternehmen u.a. mit einer eigens hierfür angestellten Anwältin.⁶⁴ Auf Gewerkschaftsseite findet die Koordination über die Gewerkschaften auf bundesstaatlicher Ebene (*federações*) statt. Die *federações* richten Kommissionen ein, die die Tarifverhandlungen koordinieren sollen. Im Falle der Transportgewerkschaften müssen lokale Gewerkschaften Tarifverträge vor deren Unterzeichnung von der *federação* überprüfen lassen.⁶⁵ Auch innerhalb der Landarbeiter*innengewerkschaften koordinieren sich die lokalen Gewerkschaften in den *federações*. Sie waren jedoch lange Zeit nicht in einer, sondern auf mindestens zwei *federações* (*FETAESP* und *FERAESP*) aufgeteilt. Zudem stellen *federações* einen Rechtsbeistand und unterstützen teilweise selbst bei Tarifverhandlungen.⁶⁶ Darüber hinaus gibt es in manchen Fällen, wie in der Region Alta Paulista, regionale Verbände, in denen sich Gewerkschaften untereinander abstimmen. Zwischen Gewerkschaften verschiedener Arbeiter*innengruppen findet teilweise ein Austausch statt. Dieser ist jedoch abhängig davon, wie das Verhältnis der Gewerkschaften untereinander ist und unterscheidet sich lokal bzw. regional.⁶⁷

Im Falle der Landarbeiter*innengewerkschaften existiert eine Besonderheit bezüglich der Zuständigkeit für Arbeiter*innen. Sie teilen die Zuständigkeit für Arbeiter*innen im Vergleich zu Transportgewerkschaften, die Arbeiter*innen nach Unternehmenszugehörigkeit zuordnen, nach Wohnsitz auf. Grund hierfür ist eine solidarische Abmachung unter den vergleichsweise kleinen lokalen Landarbeiter*innengewerkschaften, dass Gewerkschaften ohne Zuckerrohrunternehmen in ihrem Zuständigkeitsgebiet trotzdem Einnahmen über die Gewerkschaftssteuer bekommen und somit überlebensfähig bleiben. Aufgrund dieser Abmachung sind zumeist mehrere Gewerkschaften für Arbeiter*innen einer Zuckerrohrfirma zuständig. Die Tarifverhandlungen

63 I_LG_3, 20; I_TG_7, 8.

64 I_U_4; I_TG_8.

65 TB_LG_1; I_TG_8.

66 I_LG_20; TB_LG_1.

67 I_LG_5, 7; I_TG_8.

führt formell zumeist nur die Gewerkschaft, in deren Gemeinde auch der Sitz der Firma liegt. Die verschiedenen Landarbeiter*innengewerkschaften müssen sich aber dennoch während der Tarifverhandlungen untereinander abstimmen.⁶⁸

Der typische Ablauf der jährlichen Tarifverhandlungen im Zuckerrohrsektor ist folgender: Gewerkschaften schicken ihren Forderungskatalog im April an die jeweiligen Unternehmen, da der Stichtag der 1. Mai ist. Gewerkschaften bilden im Regelfall gemeinsam mit einzelnen Arbeiter*innen Tarifkommissionen, die mit den Unternehmen verhandeln. Die Tarifverhandlungen ziehen sich meistens über mehrere Verhandlungsrunden, in denen Gewerkschaften weitere Sitzungen mit Arbeiter*innen einberufen, um gemeinsam zu entscheiden, ob ein Vorschlag des Unternehmens angenommen, weiterverhandelt, gestreikt oder ein Arbeitsgericht angerufen werden soll. Diese Verhandlungen dauern häufig mehrere Monate, der ausgehandelte Tarifvertrag gilt jedoch rückwirkend zum 1. Mai.⁶⁹ Anschließend wird der Tarifvertrag formell beim Arbeitsministerium registriert, nicht aber kontrolliert. Dies kommt meist nur bei Kontrollbesuchen von Unternehmen vor, wobei die Arbeitsinspektor*innen auch Tarifverträge überprüfen. Hierbei kommt es manchmal vor, dass Arbeitsinspektor*innen Unregelmäßigkeiten feststellen, also beispielsweise gesetzliche Mindeststandards illegalerweise durch Tarifverträge unterschritten werden.⁷⁰

Mit der Transformation des Zuckerrohrsektors änderten sich insbesondere die Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit innerhalb der Tarifverhandlungen. Auf Seite des Kapitals verstärkte sich die Koordination und Einheit in Tarifverträgen aufgrund der Rolle UNICAs (McKay et al. 2014: 6, 14; Thomaz Júnior 2010: 16–17, 29–30).⁷¹ Auf Seite der Arbeiter*innen fehlt eine zentrale koordinierende Instanz. Zwischen den Gewerkschaften bestehen verschiedene Fragmentierungen, die sich aufgrund der Mechanisierung der Ernte verstärkten. Aufgrund des Rückgangs manueller Arbeit litten viele Landarbeiter*innengewerkschaften unter einem Schwund an Mitgliedern bzw. an vertretenen Arbeiter*innen und einem damit verbundenen Rückgang finanzieller Einnahmen. Dies führte dazu, dass diese Gewerkschaften weniger Geld zur Verfügung hatten, um Kampagnen zu initiieren, Kontrollen auf dem

68 I_LG_3, 6, 7, 8, 10, 14, 27; I_TG_2.

69 I_TG_1, 3, 7; I_LG_2, 3, 12, 16, 20; TB_LG_1.

70 I_S_6, 8.

71 I_U_4; I_LG_13.

Feld durchzuführen, Anwält*innen zu beschäftigen oder andere Leistungen wie Arzt- oder Friseur Gutscheine anzubieten. Manche Gewerkschaften standen Mitte der 2010er Jahre gar kurz vor der Auflösung. Dies führte zu teilweise juristischen Streitigkeiten zwischen lokalen Landarbeiter*innengewerkschaften und der *FERAESP* um die Einnahmen aus der Gewerkschaftssteuer.⁷² Wie tief die Spaltung innerhalb der *FERAESP* ist, zeigt sich in Mitgliederversammlungen. Neben Auseinandersetzungen über die Strategie der Gewerkschaft verdeutlichte sich dies daran, dass an der Versammlung im Jahr 2016, in welcher der Forderungskatalog im Rahmen der Tarifverhandlungen an *UNICA* verabschiedet wurde, weniger als die Hälfte aller Mitgliedsgewerkschaften teilnahm.⁷³

Auch zwischen Transport- und Landarbeiter*innengewerkschaften entstanden neue Fragmentierungen aufgrund der agrarindustriellen Transformation des Sektors. Aufgrund des brasilianischen Arbeitsrechts entstand ein vor Arbeitsgerichten ausgetragener Konflikt zwischen den beiden Gewerkschaften um die Repräsentation der Fahrer*innen und die Einnahmen aus der Gewerkschaftssteuer in nahezu jeder Gemeinde mit Zuckerrohranbau im Bundesstaat São Paulo. Diese Unstimmigkeiten zwischen den Gewerkschaften erschwerten ihre Zusammenarbeit bei Tarifverhandlungen (siehe auch Kapitel 7.1.2).⁷⁴

Auch die verringerte Fähigkeit, manuelle Arbeiter*innen zum Streik zu mobilisieren, schwächte die Position von Landarbeiter*innengewerkschaften in Tarifverhandlungen. Dies zeigte sich insbesondere in den Ergebnissen von Tarifverhandlungen. So orientierten sich die Steigerungen des Tonnenpreises (mit Ausnahme des Jahres 2008), der maßgeblich den ausgezahlten Lohn von manuellen Zuckerrohrarbeiter*innen bestimmt, sowie die garantierten Grundlöhne zwischen 2002 und 2008 an den jährlichen Inflationswerten. Zwischen 2008 und 2014 stiegen die Reallöhne durchschnittlich um etwas mehr als ein Prozent pro Jahr – gleichzeitig erschwerte sich jedoch auch die Ernte von Zuckerrohr (Baccarin 2016: 130; Repórter Brasil 2009a: 9–11; siehe auch Abbildung 8).⁷⁵ Im Falle der Maschinenfahrer*innen zeigten sich etwa in der *Usina Alcoeste* nahe Jales durchschnittliche Reallohnzuwächse

72 TB_LG_1, 2; I_LG_8, 9, 16.

73 TB_LG_1.

74 I_GD_1; I_LG_3, 6, 7, 8, 10, 13, 22, 23, 24, 25, 26, 28; I_S_4, 5; I_TC_1, 2, 3, 5, 6, 7, 8.

75 G_W_2; I_SB_1, 7; I_LG_12.

von 1,3 Prozent pro Jahr zwischen 2008 und 2014.⁷⁶ Die Lohnsteigerungen der Usina Alcoeste können als repräsentativ angesehen werden – sie decken sich fast durchgängig mit den Ergebnissen anderer Firmen.⁷⁷ Die jährlichen Reallohnsteigerungen von durchschnittlich 1,3 Prozent entsprechen in etwa den Ergebnissen der manuellen Landarbeiter*innen und den durchschnittlichen Reallohnsteigerungen aller formellen Arbeiter*innen Brasiliens, die in diesem Zeitraum auch bei 1,3 Prozent pro Jahr lagen (DIEESE 2015). In den Jahren 2015 und 2016, nach Beginn der ökonomischen Krise Brasiliens, konnten die Transport- und Landarbeiter*innengewerkschaften hingegen keine Reallohngehwinne für die Arbeiter*innen in den Tarifverhandlungen erringen.⁷⁸

Tarifverhandlungen blieben, trotz der Machtverschiebungen zwischen Kapital und Arbeit aufgrund der agrarindustriellen Transformation des Zuckerrohrsektors, ein zentrales, wenn auch weniger erfolgreiches Mittel der Durchsetzung der Interessen von Gewerkschaften. Trotz der geschwächten Position der Gewerkschaften stellten Unternehmen die Institution Tarifverhandlungen – auch aufgrund der rechtlichen Absicherung – nicht in Frage.

8.3 Dialogorientierte Strategien der Interessenvermittlung

In diesem Teil stelle ich verschiedene Formen des Dialogs zwischen Arbeiter*innen und Unternehmen im Zuckerrohrsektor dar. Hierbei geht es um Formen der Mitbestimmung auf verschiedenen Ebenen, in denen Arbeiter*innen oder Gewerkschaften im Dialog mit Unternehmen Forderungen durchsetzen können. Im Vergleich zu anderen Formen der Auseinandersetzung von Kapital und Arbeit sind diese Arenen von Dialog und einem friedlichen Miteinander geprägt (Kißler et al. 2011: 26, 47–49). Hierzu gehören Dreiparteienverhandlungen auf nationaler Ebene sowie andere Formen des Dialogs zwischen Gewerkschaften und Unternehmen.

76 Berechnet auf Basis der Tarifverträge der Transportgewerkschaft Jales mit Usina Alcoeste und der Angaben des IBGE zur nationalen Inflation.

77 Ausgewertete Tarifverträge.

78 I_LG_2, 11, 12; TG_6, 7, 8; I_U_4; ausgewertete Tarifverträge.

8.3.1 Runde Tische im Zuckerrohrsektor

Typisch für die Regierungszeit von Präsident Lula da Silva waren Kommissionen aus drei Konfliktparteien: Regierung, Unternehmen und Gewerkschaften. Ziel ist es, im Dialog zwischen den Konfliktparteien Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu finden. Solche Kommissionen bzw. runde Tische gab es bereits in den 1990er Jahren. Lula da Silva weitete jedoch deren Anzahl und Bedeutung aus, etablierte den Gedanken des sozialen Dialogs und stärkte die Rolle der Gewerkschaften in diesen Foren (Araújo/de Oliveira 2014; Melleiro/Steinhilber 2012; Trópia/Cangussu de Souza 2018: 55, 62).

Auch im Zuckerrohrsektor etablierte Lula da Silva 2008 einen »runden Tisch zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Zuckerrohrsektor« (port. *Mesa de Diálogo para Aperfeiçoar as Condições de Trabalho na Cana-de-Açúcar*). Dieser inzwischen aufgelöste runde Tisch bestand aus dem Generalsekretär des Präsidenten und den Ministerien für Arbeit (MTE), Landwirtschaft (Ministério da Agricultura, Pecuária e Abastecimento), landwirtschaftliche Entwicklung (Ministério do Desenvolvimento Agrário (MDA)), Bildung (Ministério da Educação) und für soziale Entwicklung und Ernährung (Ministério do Desenvolvimento Social e Combate à Fome), den Gewerkschaften FERAESP und CONTAG sowie den Unternehmensverbänden UNICA und Fórum Nacional Sucroalcooleiro. Präsident Lula da Silva berief den runden Tisch ein, um auf Kritik von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Arbeitsinspektor*innen an zahlreichen arbeitsrechtlichen Verstößen von Zuckerrohrunternehmen zu reagieren. Ziel des runden Tisches war es, im Dialog Probleme wie die extreme Ausbeutung manueller Zuckerrohrschneider*innen, die bis hin zu Todesfällen durch Überanstrengung führte, zu lösen. Das Ergebnis dieses runden Tisches war eine freiwillige Vereinbarung, der *Compromisso Nacional para Aperfeiçoar as Condições de Trabalho na Cana-de-Açúcar* (kurz *Compromisso Nacional*, dt. Nationaler Kompromiss zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Zuckerrohrproduktion), den die Parteien 2009 gemeinsam verabschiedeten (Alves 2013: 22–23; Marques/Scopinho 2012; Milano/Pera 2011: 12–13; Reis 2017: 55–56; Secretaria-Geral da Presidência da República o.J.).⁷⁹ In dieser Vereinbarung verpflichteten sich die Zuckerrohrfirmen, Arbeitsbedingungen wie die Arbeitssicherheit oder die Formalisierung von Arbeitsverträgen sowie Gewerkschaftsrechte im Unternehmen zu verbessern. Im Gegenzug bekamen Unternehmen, die die Vereinbarung unterschrieben und Kontrollen

79 G_LG_1; I_LG_28, 29.

von privaten Audit-Firmen zuließen, ein Siegel als Ausdruck ihrer guten Arbeitsbedingungen (Name des Siegels: *empresa compromissada*, dt. engagiertes Unternehmen) durch alle Teilnehmer*innen des runden Tisches verliehen (Bunge 2012; Reis 2017: 55; Secretaria-Geral da Presidência da República o.J.; Teixeira 2014: 120).

Einige Wissenschaftler*innen, Mitarbeiter*innen des Arbeitsministeriums, der Staatsanwaltschaft sowie von Gewerkschaften kritisierten den *Compromisso Nacional para Aperfeiçoar as Condições de Trabalho na Cana-de-Açúcar* und die Vergabe der Siegel. Sie bemängelten neben der Freiwilligkeit des Abkommens ohne Sanktionsmechanismen, dass die Inhalte des Abkommens grundlegende Probleme des Sektors nicht lösten. So würde beispielsweise das Lohnsystem der manuellen Arbeiter*innen, das auf der Bezahlung nach Produktionsmenge beruht, nicht geändert, obwohl es für gesundheitliche Probleme der Zuckerrohrschneider*innen verantwortlich sei. Gleichzeitig seien die Inhalte des Abkommens nur die Niederschrift bereits bestehender Gesetze und daher kein Fortschritt (Alves 2013; Reis 2017: 55).⁸⁰ Sie kritisierten auch den Einsatz von privaten Audit-Firmen wie Deloitte, KPMG, Ernst & Young sowie Uhy Moreira Auditoria, die überprüfen sollten, ob Zuckerrohrunternehmen Arbeitgeber*innen mit guten Arbeitsbedingungen seien. Die Audit-Firmen führten die Kontrollen zumeist ohne Wissen und Beteiligung der lokalen Landarbeiter*innengewerkschaften oder der staatlichen Arbeitsinspektor*innen durch, wodurch sie bestehende Kontrollmechanismen unterwanderten und privatisierten. Zudem stellten die Kritiker*innen die Eignung der Audit-Firmen für die Kontrolle von Arbeitsbedingungen infrage, da sie eher auf Steuer- oder Wirtschaftsprüfungen spezialisiert sind. Darüber hinaus gab es personelle Überschneidungen zwischen Audit- und Zuckerrohrfirmen, die die Glaubwürdigkeit einiger Zertifizierungen in Zweifel zogen (Alves 2013; Teixeira 2014: 137–141; Teixeira/Salata 2013: 109).⁸¹ Das größte Problem war jedoch, dass das Abkommen keine realen Verbesserungen mit sich brachte. Im Gegenteil: Das Arbeitsministerium oder die Staatsanwaltschaft führte gegen 60 der 169 zertifizierten Unternehmen Prozesse wegen arbeitsrechtlicher Verstöße, worunter auch die Glaubwürdigkeit der Regierung und Gewerkschaften litt. Aufgrund dessen beendete die Regierung im Jahre 2013 das Abkommen und die Zertifizierungen (Milano/Pera 2011; Reis 2017: 55–56). Die Zertifizierungen waren somit vor allem eines: Siegel für

80 |_LG_16; |_S_6, 7, 8.

81 |_S_8.

Zuckerrohrunternehmen, die prekäre Arbeitsstandards verdeckten, aber ihr Image für höhere Exporte verbesserten (Teixeira 2014: 137).⁸²

Die Skandale um das Abkommen und die Zertifizierungen rücken die Frage in den Mittelpunkt, warum Gewerkschaften daran teilnahmen und diese unterschrieben. Eine mögliche Erklärung ist, dass die Präsenz und Überzeugungskraft Lula da Silvas, den die Gewerkschaften als Partner und Machtressource ansahen, gute Resultate in Aussicht stellte. Die Gewerkschaften konnten sich mit ihren Forderungen jedoch nicht gegen die Unternehmen durchsetzen. Des Weiteren versprachen sich die Gewerkschaften durch die Teilnahme am runden Tisch eine Stärkung ihrer Position und Anerkennung als Verhandlungspartnerinnen durch die Unternehmen. Dies trifft insbesondere auf die FERAESP zu, die in den 1990er Jahren von Unternehmen als rechtmäßige Vertretung der Zuckerrohrarbeiter*innen abgelehnt wurde. Zudem erhofften sich Gewerkschaften, dass aus diesem Dialog auf nationaler Ebene verbindliche Tarifverhandlungen und -verträge hervorgehen würden. Dies lehnten die Zuckerrohrunternehmen jedoch ab und setzten stattdessen das freiwillige Best-Practice-Abkommen durch (Garvey et al. 2015: 89; Teixeira 2014: 129–133, 141–142).⁸³

Aus dem *Compromisso Nacional* ging ein weiteres gemeinsames Projekt hervor. Nachdem die Ausgestaltung der Mechanisierung weitgehend ohne Beteiligung der Landarbeiter*innengewerkschaften beschlossen und durchgeführt wurde, ging es während des runden Tisches auch um die Frage, wie mit der durch die Mechanisierung entstandenen Arbeitslosigkeit umgegangen werden solle (Marques/Scopinho 2012: 5, 26; Teixeira 2014: 127–128).⁸⁴ Im *Compromisso Nacional* wurde vage festgehalten, dass entlassene Arbeiter*innen für andere Arbeiten qualifiziert werden sollten (Secretaria-Geral da Presidência da República o.J.). Umgesetzt wurde dies im Programm *projeto renovação* (dt. Projekt Erneuerung), das 2009 ins Leben gerufen wurde und 2010 startete. Verschiedene Organisationen trugen das Projekt: Die Zuckerrohrindustrie mit der UNICA und einigen Zuckerrohrunternehmen, die Landarbeiter*innengewerkschaft FERAESP, private Unternehmen wie John Deere, IVECO oder die Entwicklungsbank Inter American Bank of Development, die niederländische NGO *Solidaridad* sowie die Ausbildungszentren des *Serviço Nacional*

82 I_S_6; I_LG_23.

83 I_LG_28, 29; C_LG_1; I_U_4.

84 I_LG_16, C_LG_1.

de *Aprendizagem Industrial (SENAI)* in São Paulo. Das Projekt wurde zudem durch Staatsmittel bezuschusst (Teixeira 2014: 130; UNICA 2015).

Das Projekt war vor allem für die Aus- und Weiterbildung von ehemaligen manuellen Zuckerrohrarbeiter*innen und Menschen in den Zuckerrohrregionen gedacht und wurde in sechs Zuckerrohrregionen in São Paulo (Presidente Prudente, Araçatuba, São José do Rio Preto, Jaú, Ribeirão Preto, Piracicaba) umgesetzt. Es gab zwei Kursarten. Zum einen waren diese Fortbildungen für Stellen innerhalb des Zuckerrohrsektors (*projeto renovação*) zum*r Mechaniker*in, Maschinenfahrer*in, Elektriker*in etc. in Zuckerrohrfirmen, zum anderen für Tätigkeiten außerhalb des Sektors (*projeto renovação comunidade*) wie Ausbildungen zur*m Schuhmacher*in, Pizzabäcker*in, Maler*in etc. (UNICA 2015: 8–14). Insgesamt durchliefen 6650 Arbeiter*innen die Aus- und Weiterbildungen des Projekts im Zeitraum 2010 bis 2015 (UNICA 2015: 16–17, 49), was einen Bruchteil der allein zwischen 2007 und 2017 entlassenen knapp 123.000 manuellen Arbeiter*innen darstellt (Baccarin et al. 2020: 612).

8.3.2 Dialog als Strategie der Interessendurchsetzung in Zuckerrohrunternehmen

Im Laufe der 2000er Jahre veränderte sich das Verhältnis zwischen Zuckerrohrunternehmen und Gewerkschaften sowie Arbeiter*innen. Statt offener Streiks und Kämpfe setzten beide Seiten vermehrt auf Dialog.⁸⁵

Die Ursachen hierfür sind verschieden. Insbesondere ist hier die veränderte Politik von Unternehmen hin zu mehr Kooperation und Dialog zu nennen – Gewerkschaften beschrieben Unternehmen als offener für Dialog im Vergleich zu den 1980er und 1990er Jahren.⁸⁶ Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass Dialog auf Augenhöhe von Gewerkschaften erkämpft wurde und von ihnen als Errungenschaft angesehen wird.⁸⁷

Die einzelnen Gewerkschaften bewerten die Abkehr von konfrontativen Arbeitskämpfen hin zu dialogorientierten Strategien der Interessendurchsetzung unterschiedlich. Ein Teil der Gewerkschaften versteht die aktuelle Situation als Zeichen der Schwäche. Sie argumentieren, dass sie aktuell Arbeiter*innen vor Entlassungen schützen müssen und daher keine Streiks möglich seien. Bei Streiks seien Arbeiter*innen der Gefahr von Entlassungen

85 I_LG_3, 5, 7; I_U_1, 2, 4; I_TG_3, 4.

86 I_LG_3, 8, 23; I_TG_3, 4; I_AL_4, FG_A_1.

87 I_LG_3, 29; I_TG_4.

ausgesetzt, da sie entweder als Streikende entlassen würden oder in der aktuellen ökonomischen Krisensituation Streiks Unternehmen finanziell zu sehr belasten würden, sodass diese unter Umständen schließen würden. Zudem würden Arbeiter*innen von Gewerkschaften erwarten, dass sie Probleme friedlich ohne Streik lösen. Manche dieser Gewerkschaften würden es jedoch grundsätzlich bevorzugen, Streiks von Arbeiter*innen zu organisieren, um mehr Forderungen durchsetzen zu können und nutzen den Dialog daher als pragmatisches Mittel der Verhandlung in Zeiten der Krise.⁸⁸

Ein zweiter Teil der Gewerkschaften sieht Dialog generell als den besseren Weg an, Forderungen durchzusetzen. Sie argumentieren, dass sie sich durch vergangene Kämpfe bereits eine starke Verhandlungsposition erarbeitet hätten, ohne dass erneute Streiks notwendig seien. Streiks seien daher für sie nur das letzte Mittel, falls der Dialog nicht funktioniere. Zudem bevorzugen sie den Dialog mit Unternehmen, da so bessere Lösungen gefunden würden und Gewerkschaften freier arbeiten könnten. So nähme niemand, weder Arbeiter*innen noch Unternehmen, Schaden. Auffällig dabei ist, dass insbesondere Transportgewerkschaften das Mittel des Dialogs bevorzugen, die Gruppe der Landarbeiter*innengewerkschaften steht dieser Form der Interessenvermittlung deutlich gemischter gegenüber.⁸⁹

8.4 Demonstrationen

Verlieren Arbeiter*innen ihre Arbeitsstelle, können sie nicht mehr streiken, also dem Unternehmen seine oder ihre Arbeitskraft entziehen. Daher mobilisieren sich entlassene Arbeiter*innen in diesen Fällen, oftmals mithilfe ihrer Gewerkschaften, in Form von Demonstrationen und Kundgebungen. Diese Proteste ereignen sich häufig, wenn Firmen schließen. Ursächlich hierfür sind ausstehende Zahlungen an Arbeiter*innen wie Lohnzahlungen für geleistete Arbeit, Abfindungen oder Auszahlungen des Garantiefonds *FGTS* (Garvey/Barreto 2016: 174).⁹⁰ Melden Unternehmen Insolvenz an, wirkt sich dies bereits Monate vorher auf Arbeiter*innen des Unternehmens aus. Löhne werden unregelmäßig gezahlt, Arbeitsschutzmaßnahmen unzureichend erfüllt etc. Oftmals gehen diesen Demonstrationen daher, die kurz vor oder nach den

88 |_LG_7, 13, 26; |_TG_7, TB_LG_13.

89 |_LG_3, 5, 8, 12; |_TG_1, 2, 3, 5, 7.

90 |_A_17; |_LG_2, 9, 10; |_TG_1.

Schließungen von Unternehmen aufgrund der Insolvenz stattfinden, andere Formen des Protests wie (wilde) Streiks oder Anzeigen voraus. Zusätzlich werden Firmenschließungen von Anzeigen von Arbeiter*innen, Gewerkschaften und Handlungen des MTE und MPT begleitet.⁹¹

Dies zeigte sich beispielsweise bei der Schließung der Usina Decasa in Marabá Paulista. Das Unternehmen hatte bereits seit ca. 2008 finanzielle Probleme und bezahlte seitdem seine Angestellten sehr unregelmäßig oder teils gar nicht. Bis zu seiner Schließung verstieß das Unternehmen gegen viele Arbeitsstandards, sodass die Gewerkschaften, insbesondere 2012 und Anfang 2013, Streiks organisierten und Anzeigen beim Arbeitsministerium MTE und der Staatsanwaltschaft MPT einreichten. Das MTE, MPT und die Arbeitsgerichte verhängten wiederum viele Sanktionen gegen das Unternehmen. 2013 schloss die Usina Decasa letztlich, wobei sie noch viele Schulden bei ihren Angestellten aller Arbeiter*innengruppen hatte. Neben weiteren Anzeigen und Sammelklagen organisierten die verschiedenen Gewerkschaften wie die Landarbeiter*innen-, Transport- oder Chemiegewerkschaften eine Demonstration durch Marabá Paulista, um auf ihre Situation aufmerksam machen. Erfolgreich waren die Aktionen selten, da viele Arbeiter*innen bis heute auf ihre ausstehenden Löhne und FGTS-Zahlungen warten.⁹²

Die Demonstrationen finden in den Städten der Zuckerrohrfirmen, wie im Falle der Usina Decasa, oder direkt vor den Toren der Zuckerrohrunternehmen statt. Daher können sie Streiks ähneln. Manchmal versuchen die ehemaligen Angestellten auch den Eingang für Lkws mit Zuckerrohr zu blockieren und damit ähnlich wie bei Streiks den Produktionsprozess zu unterbrechen.⁹³ Die Demonstrationen sind in der Regel friedlich, können aber auch gewaltsam ablaufen. So zerstörten Arbeiter*innen kurz vor der Schließung der in der Nähe von Presidente Prudente gelegenen Usina Alvorada do Oeste Gegenstände im Unternehmensrestaurant und blockierten eine Woche den Eingang der Fabrik.⁹⁴ Da oftmals alle Arbeiter*innengruppen von den Verstößen betroffen sind, beschränken sich die Proteste nicht auf eine Arbeiter*innengruppe. Das gemeinsame Interesse bringt auch die verschiedenen Gewerkschaften zusammen, die die Arbeiter*innen gemeinsam unterstützen.⁹⁵ Die Forderungen der

91 I_LG_2, 4, 10; I_TG_1; I_A_17; I_S_2, 3, 7.

92 I_LG_6, 9; I_TG_1; I_SB_2, 3.

93 I_A_17; I_LG_2, 10; I_TG_1.

94 I_LG_2.

95 I_LG_2, 4, 9; I_TG_1; I_S_7.

demonstrierenden entlassenen Arbeiter*innen richten sich dabei in der Regel an die Unternehmen selbst, ihren Pflichten nachzukommen. Die Proteste zielen jedoch auch darauf ab, auf die Situation der entlassenen Arbeiter*innen und deren Familien aufmerksam zu machen und öffentliche Unterstützung einzufordern. Ein Beispiel hierfür war der Protest von Bewohner*innen des Dorfs Cândia, nahe Ribeirão Preto gelegen, die auf ihre prekäre Situation mit einem Banner, auf dem »Wir erleiden Hunger« stand, hinwiesen.⁹⁶ Das Mittel von Demonstrationen wurde insbesondere seit 2010, dem Beginn der Krise des Zuckerrohrsektors, zunehmend eingesetzt. Ab diesem Zeitpunkt schlossen viele Unternehmen aufgrund von Insolvenzen.⁹⁷ Trotz der Größe der Demonstrationen und der Kombination mit anderen Formen des Kampfes sind diese Proteste oftmals wenig erfolgreich – nur wenige Arbeiter*innen bekommen letztlich ausgezahlt, was ihnen zusteht.⁹⁸

Neben den Demonstrationen aufgrund der Unternehmensschließungen gibt es auch weitere Anlässe, um durch diese Form des Kampfes Interessen der Zuckerrohrarbeiter*innen durchzusetzen. So protestierten die Familien im Herkunftsort der Arbeitsmigrant*innen im Vale de Jequitinhonha im Bundesstaat Minas Gerais Mitte der 2000er Jahre, um auf die Arbeitssituation ihrer Angehörigen auf den Zuckerrohrfeldern São Paulos aufmerksam machen. Zu dieser Zeit gab es einige Todesfälle von (migrantischen) Zuckerrohrschneider*innen aufgrund von Überarbeitung.⁹⁹ Zudem finden auch Demonstrationen in Brasília oder São Paulo statt. Diese werden in der Regel aber von den Gewerkschaftsdachverbänden oder *confederações* organisiert und richten sich insbesondere darauf, allgemeine sozial- oder gewerkschaftspolitische Entscheidungen zu beeinflussen.¹⁰⁰

Demonstrationen können auch als strategisches Mittel eingesetzt werden, um das komplizierte Streikrecht zu unterwandern. In einem Fall arbeiteten die Landarbeitergewerkschaft sowie die MST zusammen. Die MST organisierte eine Demonstration und forderte bessere Arbeitsverhältnisse und höhere Löhne für Zuckerrohrarbeiter*innen. Dabei blockierte sie eine Kreuzung, um zu verhindern, dass die Busse mit den Zuckerrohrarbeiter*innen passieren und

96 I_A_17, Übers. J.B.

97 I_LG_4, 6, 9; I_TG_1; I_SB_2, 3; I_S_3; I_A_17.

98 I_LG_4, 7, 22; I_S_2; I_A_1, 2, 4, 5, 8, 17; I_SB_2.

99 I_SB_7.

100 I_LG_6, 22.

diese arbeiten können. Diese Form der Kooperation war allerdings laut Aussage der MST eine Ausnahme.¹⁰¹

8.5 Anzeigen und die staatliche Kontrolle von Arbeitsstandards

In diesem Kapitel analysiere ich die Durchsetzung von Arbeitsstandards im Zuckerrohrsektor in São Paulo über staatliche Kontrollinstitutionen, Anzeigen und juristische Verfahren. Zunächst stelle ich den Aufbau und die Funktionsweise der Staatsanwaltschaft für Arbeit *MPT*, des Arbeitsministeriums *MTE* und der Arbeitsgerichte dar. Ich betrachte dabei deren Geschichte, Aufbau und Funktion im brasilianischen System der Durchsetzung von Arbeitsrechten. In einem zweiten Teil untersuche ich, wie sich diese Institutionen und ihr Handeln zwischen 2002 und 2016 veränderten. Gleichzeitig analysiere ich, inwiefern Zuckerrohrarbeiter*innen und ihre Klassenorganisationen wie Gewerkschaften Anzeigen und juristische Verfahren in dieser Phase nutzten, um ihre Interessen durchzusetzen. Im Speziellen richte ich dabei das Augenmerk darauf, welchen Einfluss die agrarindustrielle Transformation auf diese Form des Klassenkampfes hatte.

8.5.1 Das staatliche System der Durchsetzung von Arbeitsrechten

Die primären staatlichen Institutionen zur Durchsetzung von Arbeitsrechten sind das Arbeitsministerium *MTE*¹⁰² und insbesondere dessen Untereinheit *Secretaria de Inspeção do Trabalho (SIT, dt. Amt der Arbeitsinspektion)*, das *MPT* sowie die Arbeitsgerichte. Die Regierung um Getúlio Vargas gründete die Institutionen in den 1930er und Anfang der 1940er Jahre parallel zum Erlass der Arbeitsgesetzgebung *CLT*. Sie sind Teil des staats korporatistischen Systems der industriellen Beziehungen und der Durchsetzung von Arbeitsrechten. Insbesondere das *MTE* und *MPT* sollten kontrollieren, dass Unternehmen das neu geschaffene Arbeitsgesetzbuch umsetzten und den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital regulieren. Aufgrund der neuen Verfassung im Jahr 1988 bekamen

101 [I_LG_3; I_SB_3](#).

102 Unter der Regierung Bolsonaro ist das Arbeitsministerium kein eigenständiges Ministerium mehr, sondern aufgeteilt auf das Justizministerium *Ministério da Justiça*, Wirtschaftsministerium *Ministério da Economia* und Bürger*innenministerium *Ministério da Cidadania* (Estado de Minas 2018; Inspeção do Trabalho o.J.).

beide Institutionen eine größere Autonomie und mehr Zuständigkeiten zugesprochen, um ihre Grundaufgabe zu erfüllen, Arbeitsrechte durchzusetzen (Barifouse 2018; Cardoso/Lage 2005: 457–458; Coslovsky et al. 2017: 90).

Die Institutionen ergänzen sich in ihren Aufgaben und ihrem Handeln.¹⁰³ Die Arbeitsinspektor*innen des MTE führen meist auf Anzeige durch Arbeiter*innen, Gewerkschaften und andere Organisationen, aber auch auf Eigeninitiative unangekündigte Kontrollen am Arbeitsplatz durch. Sie kontrollieren dabei, dass formelle Arbeitsverhältnisse existieren und keine prekären oder gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz vorherrschen. Auch Verstöße gegen die Vereinigungsfreiheit von Arbeiter*innen oder gegen Gewerkschaftsrechte kann das MTE ahnden (Coslovsky et al. 2017: 90).¹⁰⁴ Die Arbeitsinspektor*innen schützen mit ihren Kontrollen jedoch nicht nur Arbeiter*innen, sondern sichern auch Staatseinnahmen, indem sie überprüfen, dass Arbeiter*innen formell registrierte, steuer- und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge erhalten.¹⁰⁵ Die Inspektor*innen haben bei ihren Kontrollen vollen Zugriff auf relevante Unterlagen des Unternehmens sowie den Arbeitsplatz. Im Falle von arbeitsrechtlichen Vergehen können sie unmittelbar Strafen gegen das Unternehmen verhängen. Die Strafen reichen von Geldstrafen bis hin zur Schließung des Unternehmens, wenn der Arbeitsplatz eine zu große Gefahr für die Angestellten darstellt. Die Strafen richten sich dabei nach einem Strafenkatalog, der je nach Art des Verstoßes einen exakten Wert oder einen Wert innerhalb eines Strafrahmens vorsieht. Verstöße gegen Vorgaben zu Arbeitsverträgen sehen etwa Strafen in Höhe von 402 Reais (88 Euro), Verstöße gegen die Höchstdauer des Arbeitstages hingegen Strafen in Höhe von 2.700–4.000 Reais (594–880 Euro) pro Angestellten vor. Diese Summe wird mit der Anzahl der betroffenen Angestellten multipliziert und kann sich nach Wiederholung des Verstoßes weiter erhöhen. Darüber hinaus haben Arbeitsinspektor*innen seit 1999 die Möglichkeit, runde Tische mit Unternehmen und Gewerkschaften einzuberufen, um Lösungen für arbeitsrechtliche Verstöße zu finden (Cardoso/Lage 2005: 455–459; Coslovsky/Locke 2013: 512–513; Coslovsky et al. 2017: 90–91).¹⁰⁶

Das *Ministério Público*, also die Staatsanwaltschaft Brasiliens, ist zuständig dafür, Bürger*innenrechte zu kontrollieren und durchzusetzen und im Ver-

103 |_S_1, 2, 4, 8.

104 |_S_2, 4, 8.

105 |_S_2.

106 |_S_2, 4, 8.

gleich zum *MTE* nicht Teil der Exekutive, sondern Judikative. Sie ist in vier Untereinheiten aufgeteilt, die verschiedene thematische Schwerpunkte abdecken: das *Ministério Público do Trabalho* (*MPT*), das *Ministério Público Federal* (dt. Generalstaatsanwaltschaft), das *Ministério Público Militar* (dt. Staatsanwaltschaft für Militär) und das *Ministério Público do Distrito Federal e dos Territórios* (dt. Staatsanwaltschaft des Bundes und der Regionen) (*MPF* o.J.). Für meine Arbeit ist ausschließlich das *MPT* relevant, da es für die Durchsetzung von Arbeitsgesetzen und die Regulierung der industriellen Beziehungen zuständig ist. Das *MPT* ist aufgegliedert in eine Bundeseinheit, 24 regionale sowie mehrere Staatsanwaltschaften auf Gemeindeebene (*MPT* o.J.). Insgesamt arbeiteten 2006 ca. 9.000 Staatsanwält*innen in der Staatsanwaltschaft, wovon ca. 700 auf das *MPT* entfielen (Coslovsky 2011: 73; Coslovsky et al. 2017: 90).

Staatsanwält*innen können auf der Basis von Anzeigen durch Arbeiter*innen, Gewerkschaften und anderen Organisationen, auf Bitte von *MTE* und Arbeitsgerichten oder auf eigene Initiative Inspektionen und weitergehende Untersuchungen durchführen, Dokumente anfordern, verschiedene Verfahren einleiten und öffentliche Anhörungen anberaumen (Coslovsky 2011: 73; *MPT* o.J.).¹⁰⁷ Ziel ist es, möglichst viele Probleme außerhalb der Arbeitsjustiz, beispielsweise über Empfehlungen, öffentliche Anhörungen oder außergerichtliche Einigungen wie *Termos de Ajuste de Conduta* (*TAC*, dt. Übereinkunft der Verhaltensanpassung) zu lösen (Jusbrasil 2016).¹⁰⁸ Eine interviewte Staatsanwältin schätzte den Anteil außergerichtlich gelöster Verfahren auf 70 Prozent.¹⁰⁹ Wenn die Staatsanwaltschaft ein Verfahren eingeleitet und Materialien für ein Vergehen gesammelt hat, ist insbesondere das außergerichtliche Mittel des *TAC* zentral. In dieser Übereinkunft handeln die Staatsanwalt und das Unternehmen ein Abkommen aus, wie und bis zu welchem Zeitpunkt das Unternehmen arbeitsrechtliche Verstöße abstellt. Durch das *TAC* vermeidet ein Unternehmen einen Gerichtsprozess und vorläufig eine Strafe, gesteht aber gleichzeitig durch dessen Unterzeichnung seine Schuld ein. *TACs* enthalten darüber hinaus eine vereinbarte Strafzahlung, die das Unternehmen bezahlen muss, sofern es die bestehenden Unregelmäßigkeiten innerhalb einer vorgegebenen Frist nicht behebt. Sieht das *MPT* jedoch ein Gerichtsverfahren als zielführender an, kann es mit einer zivilrechtlichen

107 I_S_1, 7.

108 I_S_1.

109 I_S_1.

Klage vor ein Arbeitsgericht ziehen (Jesus et al. 2016: 6; Jusbrasil 2013; MPT o.J.).

Das Handeln des MPT und des MTE ergänzen sich. Daher arbeiten die beiden Behörden, obwohl eigene Organisationslogiken und keine formelle Verbindungsstelle bestehen, konstruktiv und viel zusammen. Das MTE ist eher für die Kontrolle vor Ort und das Sammeln von Beweisen zuständig, seine Sanktionsmöglichkeiten sind jedoch begrenzt. Daher leitet es (schwerwiegendere) Verfahren und die gesammelten Beweise häufig an das MPT weiter. Das MPT kann wiederum aufgrund des fehlenden Personals nur wenige Kontrollen vor Ort durchführen, besitzt jedoch aufgrund der größeren Sanktionsmöglichkeiten deutlich mehr Macht, um Unternehmen zu Anpassungsmaßnahmen zu zwingen (Coslovsky et al. 2017: 91).¹¹⁰

Im Gegensatz zum MTE und MPT, die ausschließlich kollektive Verfahren aufgrund systematischer Verstöße oder eines großen öffentlichen Interesses führen, werden vor Arbeitsgerichten auch individuelle Prozesse zwischen einem/r Angestellten und einem Unternehmen verhandelt (Jesus et al. 2016: 6). Individuelle Prozesse strengen in der Regel einzelne Arbeiter*innen an, kollektive das MPT oder Gewerkschaften.¹¹¹ Die Arbeitsjustiz, die formal seit 1941 besteht, ist in drei Instanzen gegliedert. In der niedrigsten ersten Instanz *Varas do Trabalho e Postos Avançados* (dt. Arbeitsgerichte der ersten Instanz) urteilen Richter*innen über Konflikte zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen sowie über Prozesse, die von Gewerkschaften bzgl. ihrer eigenen Rechte oder der Rechte ihrer Mitglieder initiiert werden. Die zweite Instanz bilden regionale Arbeitsgerichte, *Tribunais Regionais do Trabalho*. Sie entscheiden über Berufungsverfahren der ersten Instanz oder über regionale Anliegen wie regionale Tarifverträge. Als dritte und letzte Instanz fungiert das Bundesarbeitsgericht *Tribunal Superior do Trabalho*, das über Berufungsverfahren der zweiten Instanz oder über nationale Anliegen wie nationale Tarifverträge befindet (Justiça do Trabalho 2019). 2004 arbeiteten ca. 2070 Richter*innen in Arbeitsgerichten der ersten Instanz, 440 in regionalen Arbeitsgerichten und 27 im Bundesarbeitsgericht (Morel/Pessanha 2007: 93). Arbeitsgerichte lösen Verfahren im Verhältnis zu anderen Gerichten in Brasilien schnell. Verfahren, die in dritter Instanz in Brasília entschieden werden, dauern durchschnittlich

110 | I_S_1, 2, 4, 8; I_GD_1.

111 | I_S_7.

zwei Jahre. Zudem versuchen Arbeitsrichter*innen, Verfahren oftmals zu umgehen und einen Vergleich zwischen den beiden Parteien zu erreichen.¹¹²

Die spezifischen Aufgabengebiete, die Ressourcenausstattung und die Handlungsweise der drei Institutionen änderten sich seit ihrer Gründung häufiger, so auch in der Zeit nach der neuen Verfassung von 1988. Im MTE arbeiteten zwischen den 1990er Jahren bis Anfang der 2010er Jahre relativ konstant ungefähr 3.000 Angestellte. Seit 2014 fanden jedoch keine Neueinstellungen mehr statt, obwohl gleichzeitig über 700 Inspektor*innen in Rente gingen. Daher bat das Arbeitsministerium das Planungsministerium *Ministério do Planejamento* (seit 2019 Teil des Wirtschaftsministeriums) bereits im Jahr 2017 um die Einstellung von mehr als 1.000 neuen Inspektor*innen. Das Planungsministerium bewilligte diese Anfrage jedoch bisher noch nicht. Infolgedessen sank die Zahl der Arbeitsinspektor*innen von 2.875 im Jahr 2012 auf ca. 2.150 im Jahr 2019 (Folha Dirigida 2018, 2020; Goes 2018; Políticas Públicas ao seu Alcance o.J.-a).

Obwohl sich die Zahl der Arbeitsinspektor*innen zwischen 2001 und 2012 nicht erhöhte, verbesserte sich die Effizienz ihrer Kontrollen. Erreichten die Arbeitsinspektor*innen mit ihren Kontrollen 2001 nur 17,7 Mio. Arbeiter*innen, erhöhte sich diese Zahl auf 35,5 Mio. Arbeiter*innen im Jahr 2012 (Cardoso/Lage 2005: 467; Políticas Públicas ao seu Alcance o.J.-a). Grund für den Anstieg waren verschiedene Faktoren. Ein großer Teil der Effizienzsteigerung lässt sich mit Reformen der Behörde durch die Bundesregierungen seit Mitte der 1990er Jahre bis Mitte der 2000er Jahre erklären. Diese setzten nach und nach eine höhere Leistungsorientierung innerhalb des MTE durch, die sich insbesondere in der Bezahlung nach Leistung der Arbeitsinspektor*innen manifestierte. Zudem etablierte das MTE ein nationales standardisiertes, computergestütztes System, das eine bessere Vergleichbarkeit der Resultate und eine zielgerichtete Planung von Kontrollen ermöglichte. Die Professionalisierung der Behörde wurde durch ein erneuertes meritokratischeres System der Auswahl von Arbeitsinspektor*innen ergänzt. Ein weiterer Faktor, der die Effizienz der Arbeitsinspektor*innen verbesserte, war die Reform der Inspektionskultur von einem sanktionierenden hin zu einem erzieherischen, lösungsorientierteren Ansatz. Dies zeigte sich in veränderten Vorgaben und neuen Instrumenten der Arbeitsinspektion wie runden Tischen zur Konfliktlösung. Zudem arbeiteten Arbeitsinspektor*innen seitdem verstärkt mit

112 I_S_7.

anderen Behörden und zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen und bildeten effektive Allianzen, etwa um gegen sklavenähnliche Arbeit vorzugehen (Abrás et al. 2018: 4–5; Coslovsky et al. 2017: 90–95; Posthuma/Bignami 2016: 124–125). Wesentlich war auch der Wechsel im Präsidentschaftsamt hin zu Lula da Silva. Seine Regierung erhöhte zwar nicht die Zahl der Arbeitsinspektor*innen, stattete das Arbeitsministerium und die Arbeitsinspektion jedoch mit besseren Ressourcen aus, um ihre Kontrollen durchzusetzen. Zudem erleichterte die Regierung die Arbeit der Behörden durch neue Arbeitsgesetze und Verordnungen (Anner 2008: 55; 2011: 136; Thomann 2012: 318, 326, 331).

Auch das MPT professionalisierte sich ab Mitte der 1990er Jahre. Dies zeigte sich vor allem an leistungsorientierteren Einstellungsverfahren, einer Verbesserung der Datenerfassung und der Zusammenarbeit innerhalb der Behörde sowie klareren Zielsetzungen des MPT. So gab das MPT 1999 fünf zentrale Ziele seines Handelns aus: die Beseitigung von Kinderarbeit und Regularisierung von Jugendarbeit, die Abschaffung von Zwangsarbeit, die Wahrung der Gesundheit und Sicherheit von Arbeiter*innen, die Bekämpfung aller arbeitsbezogenen Formen von Diskriminierung und die Formalisierung von Arbeitsverträgen (Coslovsky et al. 2017: 90–91; MPT-SP o.J.).¹¹³ Seit 1998 begann das MPT zudem eine aktivere Rolle in der Arbeitsinspektion zu spielen. Auch deshalb stellte das MPT im Jahr 2003 300 neue Staatsanwält*innen ein (Abrás et al. 2018: 6; MPT-SP o.J.).

Die wichtigsten Veränderungen in der Arbeitsgerichtsbarkeit nach 1990 fanden in der Verfassungsänderung *Emenda Constitucional 24* im Jahr 1999 und insbesondere in der Verfassungsänderung *Emenda Constitucional 45* im Jahr 2004 ihren Ausdruck. Die Verfassungsänderung Nummer 24 schaffte Räte bestehend aus einem*r Präsident*in, je einem*r Vertreter*innen der Arbeitnehmer*innen- und Arbeitgeber*innenseite sowie zwei berufenen Personen aus der Zivilgesellschaft, die Tarifstreitigkeiten entschieden, ab. Seitdem entschieden ausschließlich Richter*innen (*Justiça do Trabalho* o.J.). Die Verfassungsänderung 45 reduzierte hingegen die normative Macht von Arbeitsgerichten, Arbeitsbedingungen eigenständig festzulegen, indem sie in Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften eingriffen oder Tarifverträge eigenständig erließen. Solche Eingriffe waren bereits in den 1990er Jahren rückläufig und wurden durch die Verfassungsänderung von 2004 nochmals eingeschränkt. Seitdem besitzen Arbeitsgerichte kaum noch »normative Macht«, da sie nur noch urteilen sollen, wenn es

unüberwindbare Streitigkeiten zwischen den beiden Parteien nicht anders erlauben (de Almeida Brito Júnior 2005; Morel/Pessanha 2007: 92–93; Vellay 2001: 153–156). Gleichzeitig erweiterte die Verfassungsänderung von 2004 die Befugnisse der Arbeitsgerichte, indem sie deren Zuständigkeit ausweitete. Seitdem sind sie für Konflikte, die innerhalb jeglicher Art von Arbeitsverhältnissen und nicht ausschließlich formeller Arbeitgeber*innen-Arbeitnehmer*innen-Beziehungen entstehen, zuständig. Im Zuge dessen erhöhte sich auch die Zahl der Richter*innen (Morel/Pessanha 2007: 92–93).

8.5.2 Kontrollen und Anzeigen im Zuckerrohrsektor São Paulos

Das *MTE* und *MPT* waren bereits in den 1990er Jahren wichtig, um Arbeitsrechte von Arbeiter*innen im Zuckerrohrsektor São Paulos durchzusetzen. In der Phase zwischen 2002 und 2016 erhöhte sich jedoch die Häufigkeit und Effektivität der Kontrollen und Verfahren von *MTE* und *MPT* zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Zuckerrohrfeldern in São Paulo (Alves 2013: 14–25; Correa et al. 2015: 18).¹¹⁴ Für diese Veränderungen gibt es verschiedene Gründe.

Eine wichtige Neuerung war die Gründung einer für den landwirtschaftlichen Sektor zuständigen Untergruppe des *MTE* in São Paulo. Die *grupo rural* (dt. ländliche Gruppe) gründete sich im Jahr 2001 auf Initiative des Vorsitzenden der Abteilung für Arbeitssicherheit des *MTE* in São Paulo. Er stellte ein Team aus Agraringenieur*innen, die bisher eine eher marginale Rolle innerhalb des *MTE* spielten, zusammen und gründete die vergleichsweise gut ausgestattete *grupo rural*, die seitdem ausschließlich Arbeitsstandards in landwirtschaftlichen Betrieben im Bundesstaat São Paulo kontrolliert. Die Leitung der *grupo rural* liegt zentral bei einem Arbeitsinspektor des *MTE* *Batatais* (in der Nähe von Ribeirão Preto), die Mitglieder der Gruppe sind jedoch auf verschiedene Standorte in São Paulo verteilt (Coslovsky/Locke 2013: 513–514).¹¹⁵

Zusätzlich erleichterte die Einführung der arbeitsrechtlichen Richtlinie *NR 31* Arbeiter*innen, Gewerkschaften, Arbeitsinspektor*innen und Staatsanwält*innen, arbeitsrechtliche Standards im Zuckerrohrsektor durchzusetzen. Die *NR 31* definiert spezifische Arbeitsstandards für Tätigkeiten in der Landwirtschaft und legt beispielsweise detailliert fest, wie Unternehmen den Transport von Arbeiter*innen, Sicherheitsbestimmungen und die sanitäre

114 I_S_5, 8; I_SB_7.

115 I_S_8.

Ausstattung am Arbeitsplatz organisieren müssen (CONTAG o.J.-a; Reis 2017: 63; Souza 2013: 78, 128, 130).¹¹⁶ Arbeitsinspektor*innen nutzten vor der Einführung der NR 31 unterschiedliche arbeitsrechtliche Richtlinien, etwa Vorgaben für die Bauwirtschaft, und mussten Sanktionen für landwirtschaftliche Unternehmen wie Zuckerrohrunternehmen aufwändig begründen. Dies entfiel durch die NR 31. Die neue Richtlinie erleichterte es aber auch den Unternehmen, Arbeitsstandards umzusetzen, da sie seitdem klare Vorgaben haben, welche Standards sie erfüllen müssen.¹¹⁷ Die Einführung der arbeitsrechtlichen Richtlinie geht auf das Drängen der Landarbeiter*innengewerkschaften, insbesondere der CONTAG, und des MTE zurück. Sie beriefen sich dabei auf das 2001 beschlossene ILO-Übereinkommen Nr. 184 über den Arbeitsschutz in der Landwirtschaft, woraufhin erste Verhandlungen zwischen Arbeitgeber*innen-, Regierungsvertreter*innen und Gewerkschaften gestartet wurden. Aufgrund einiger Todesfälle von Zuckerrohrschneider*innen durch Überarbeitung auf Zuckerrohrfeldern São Paulos im Jahr 2004, die medial große Aufmerksamkeit erhielten, erhöhte sich der Druck auf Regierung und Unternehmen, Vorschriften für Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft auszuformulieren, sodass die NR 31 schließlich 2005 beschlossen wurde (CONTAG o.J.-a; Correa et al. 2015: 6–7; Guimarães 2005).¹¹⁸

Ein weiterer Aspekt, warum sich die Kontrolle der Arbeitsstandards auf Zuckerrohrfeldern verbesserte, war die Stärkung des Kampfs gegen Sklavenarbeit unter Präsident Lula da Silva. Hierfür entwarf die Regierung den *Plano Nacional para a Erradicação do Trabalho Escravo* (dt. nationaler Plan zur Ausrottung von Sklavenarbeit). Dieser Plan sah verschiedene Maßnahmen vor und wurde von verschiedenen Organisationen und Unternehmen unterschrieben (ILO 2010: 14; McGrath 2013: 40).

So verbesserte die arbeiterparteigeführte Regierung die rechtlichen Grundlagen zur Sanktionierung von Sklavenarbeit. Hierzu gehörte, dass die Regierung »geretteten« Arbeiter*innen den Anspruch auf Arbeitslosengeld rechtlich ermöglichte und Artikel 149 des Strafgesetzbuchs (port. *No. 149 do Código Penal*) aufgrund des Gesetzes 10.803 (port. *Lei 10.803/2003*) im Jahre 2003 modifizierte. Artikel 149, der bereits seit 1940 besteht, stellte sklavenähnliche Arbeit unter Strafe, definierte sie jedoch nicht. Juristisch wurde der Artikel daher kaum angewandt (Haddad 2017: 498–501; ILO 2010: 20–21). Dies

116 I_S_4; I_LG_28.

117 I_S_8.

118 I_LG_12, 28.

änderte sich 2003, als mithilfe des Gesetzes 10.803 der Artikel 149 umgeschrieben und sklavenähnliche Arbeit definiert wurde. In Artikel 149 sind seitdem vier konkrete Verstöße genannt, bei denen sklavenähnliche Arbeit vorliegt: Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft, überlange, erschöpfende Arbeitszeiten und entwürdigende Arbeitsbedingungen. Zu den entwürdigenden Arbeitsbedingungen gehören etwa ausbleibende oder zu niedrige Löhne, unwürdige Unterbringungen (für Arbeitsmigrant*innen), gesundheitsgefährdende Bedingungen am Arbeitsplatz, die Ausübung von Gewalt oder fehlende sanitäre Anlagen am Arbeitsplatz. Zudem führt Artikel 149 seitdem auch mögliche Sanktionen gegenüber Unternehmer*innen, die sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse in ihren Unternehmen nutzen, auf. Diese reichen von Geldstrafen bis hin zu Freiheitsstrafen von zwei bis acht Jahren (ILO 2010: 14–22; McGrath 2013: 35).

Eine weitere Änderung war die Einführung einer schwarzen Liste (*lista suja*, dt. dreckige Liste) im Jahr 2003.¹¹⁹ Das MTE setzte Unternehmen, die aufgrund der Nutzung sklavenähnlicher Arbeit verklagt wurden, auf diese Liste. Für die betroffenen Unternehmen hatte dies enorme wirtschaftliche Nachteile, da sie ab diesem Moment keine öffentlichen Gelder mehr erhalten konnten. Zudem brachen Unternehmen, die den nationalen Plan zur Ausrottung von Sklavenarbeit unterschrieben, wirtschaftliche Verbindungen zu Unternehmen auf der schwarzen Liste ab (ILO 2010: 34; McGrath 2013: 40).

Zur Intensivierung der Maßnahmen gegen Sklavenarbeit stattete die Regierung Lula da Silvas die bereits 1995 für die Verfolgung von Sklavenarbeit gegründete *grupo movêl* (dt. mobile Gruppe) mit mehr Ressourcen aus (ILO 2010: 24–25; Thomann 2012: 318, 331). Dies zeigte sich deutlich in den Statistiken der Arbeitsinspektionen. Führten Arbeitsinspektor*innen im Zeitraum zwischen 1995 und 2002 insgesamt 177 Aktionen durch und befreiten ca. 5.900 Arbeiter*innen aus sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen, steigerte sich die Anzahl der Aktionen auf 905 in den Jahren 2003 bis 2010, bei denen sie ca. 33.300 Arbeiter*innen befreiten (Políticas Públicas ao seu Alcance o.J.-b). Einen beträchtlichen Teil dieser Aktionen zwischen 2003 und 2010 führten die Arbeitsinspektor*innen im Zuckerrohrsektor Brasiliens durch. Grund hierfür

119 Das MTE veröffentlichte die *lista suja* zwischen 2014 und 2016 nicht, nachdem ein Unternehmen gegen die Verfassungsmäßigkeit der Liste geklagt hatte. Nachdem das MTE Kriterien für die Aufnahme in die Liste änderte, war die *lista suja* im Jahr 2017 wieder öffentlich zugänglich (CPT 2017).

war das explizite Ziel der Regierung, den Zuckerrohrsektor von den skandalösesten Arbeitsverhältnissen zu befreien, auch um dadurch das für Exporte notwendige saubere Image des Sektors zu schaffen (Capitani et al. 2015: 70; McGrath 2013: 37; Silva/Ribeiro 2010: 12). Insgesamt befreiten Arbeitsinspektoren*innen brasilienweit 10.709 Zuckerrohrarbeiter*innen zwischen 2002 und 2013 aus sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen – wie viele davon auf São Paulo entfielen, wird in den Statistiken nicht erfasst (Repórter Brasil 2014: 4). Der Zuckerrohrsektor war damit einer der am meisten von sklavenähnlicher Arbeit betroffenen Sektoren Brasiliens. Seit Ende der 2000er Jahre verringerte sich diese Problematik jedoch (Capitani et al. 2015: 69; Martins 2018; Repórter Brasil 2014: 4).¹²⁰ Die Rettung von etwa 400 Arbeiter*innen im Jahr 2014 in der Usina Flórida in der Gemeinde Flórida Paulista¹²¹ ist inzwischen eher die Ausnahme (Penha 2018; Repórter Brasil 2015).¹²² Grund hierfür sind laut Interviewpartner*innen in São Paulo neben den intensiveren Kontrollen auf den Zuckerrohrfeldern die härteren Sanktionen gegen Unternehmen seit 2003. So brachte die sklavenähnlichen Arbeitsverhältnisse von 42 pernambukanischen Zuckerrohrarbeiter*innen im Jahre 2007 in der Usina Junqueira – Teil der Gruppe Cosan (heute Raízen) – in der Gemeinde Igarapava (McGrath 2013: 40; MST 2011) oder von 55 Arbeiter*innen in der Usina Agrisul – Teil der Gruppe José Pessoa – in der Gemeinde Icém (CUT 2008) diese Unternehmen auf die *lista suja* und verursachte empfindliche Verluste für sie. Auch die Mechanisierung der Zuckerrohrernte führte zu einer Verringerung sklavenähnlicher Arbeit, da zumeist manuelle Arbeitsmigrant*innen Opfer sklavenähnlicher Arbeitsbedingungen waren. Durch die Mechanisierung der Ernte reduzierten sich manuelle Arbeitsstellen und hierdurch die Arbeitsmigration und das damit verbundene Risiko sklavenähnlicher Arbeitsverhältnisse (Martins 2018; Repórter Brasil 2014: 2, 6).¹²³

Aufgrund der verstärkten Arbeitsinspektionen auf den Zuckerrohrfeldern verbesserten sich neben der sklavenähnlichen Arbeit auch die Arbeitsbedingungen sowohl für manuelle als auch maschinelle Arbeiter*innen. Hierzu gehört die Versorgung auf den Zuckerrohrfeldern mit kaltem Wasser, adäquatem Essen, Sitzgelegenheiten in Pausen und sanitären Anlagen. Zudem verbesserte sich die Arbeitssicherheit durch die Bereitstellung kostenloser Schutzklei-

120 I_S_4.

121 I_LC_4, I_A_5.

122 Ausgewertete arbeitsrechtliche Verfahren des *MPT Presidente Prudente*.

123 I_U_4; I_S_8.

dung, eine effektivere ärztliche Versorgung im Falle von Unfällen der Arbeiter*innen, den Transport zum Arbeitsplatz in sichereren Bussen und regelmäßige Sicherheitskurse für Angestellte. Auch die Sicherheitsstandards der Maschinen und Traktoren verbesserten sich. Sie sind inzwischen mit geschlossenen Kabinen und ergonomischeren Sitzen ausgestattet. Unternehmen hielten die genannten Arbeitsstandards seit Ende der 2000er Jahre deutlich häufiger als früher, jedoch nicht immer ein (Jesus et al. 2016; Souza 2013: 78).¹²⁴

Dies gilt gerade für Unternehmen, die während der Krise des Zuckerrohrsektors seit Anfang der 2010er Jahre in Zahlungsschwierigkeiten gerieten und daraufhin oftmals schlossen. Unternehmen wie die Usina Santa Fany, Usina Florida oder Usina Decasa verstießen seit Beginn der Krise gegen sehr viele Arbeitsrechte. Verstöße gegen Arbeitsstandards wie die Ausstattung mit kostenloser Schutzkleidung oder andere Sicherheitsbestimmungen, (unbezahlte) illegale Überstunden, verspätete bzw. ausbleibende Zahlungen von Gehältern und Beiträgen des *FGTS*, der Einsatz illegaler Leiharbeit und teilweise gar die Beschäftigung von Arbeiter*innen unter sklavenähnlichen Bedingungen (im Falle der Usina Florida) sind Beispiele aus den Prozessen des *MPT* gegen diese Unternehmen.¹²⁵ In diesen Fällen haben Arbeiter*innen, Gewerkschaften, *MTE* und *MPT* verschiedene Verfahren gegen diese Unternehmen eingeleitet. Daraufhin verhängten das *MTE*, *MPT* und Arbeitsgerichte diverse Strafen, die die Unternehmen aus Geldmangel oftmals nicht beglichen und auch keine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse bewirkten.¹²⁶

Die Mechanisierung der Zuckerrohrernte wird von vielen Interviewpartner*innen als ein Faktor genannt, weshalb sich Arbeitsverhältnisse verbesserten.¹²⁷ Manche Verstöße gegen Arbeitsrechte verstärkten sich jedoch auch im Zuge der Mechanisierung. Hierzu gehören insbesondere illegales Outsourcing, unzulässige Überstunden und fehlende Pausen.¹²⁸ Illegales Outsourcing von manuellen Arbeiten war bis Ende der 2000er Jahre ein großes Problem im Zuckerrohrsektor. Verbunden mit der Arbeitsmigration war zunächst die Figur des *gatos* (wortwörtlich auf port. Kater), eines formell selbstständigen Mittelsmannes, der die Arbeiter*innen auswählte, in die Zuckerrohrregionen transportierte und die Arbeitsleistung auf dem Feld kontrollierte. Verbunden

124 I_LG_5, 6, 12; I_TG_1, 3, 4, 8; I_S_8; I_U_2.

125 Ausgewertete arbeitsrechtliche Verfahren.

126 I_LG_4, 6; I_S_2; I_TG_1; I_SB_2, 3; I_A_8.

127 I_A_13, 16; I_AL_2, 4; I_LG_7, 10, 2; I_TG_2; I_S_4, 8.

128 I_TG_2, 8; I_AL_2; I_LG_6, 22, 25; I_S_1, 2, 5, 6, 8.

mit diesem System waren arbeitsrechtliche Verstöße wie prekäre Unterkünfte, zu niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen bis hin zu sklavenähnlicher Arbeit. In den 1990er Jahren bekämpften Gewerkschaften, Arbeitsinspektor*innen und Staatsanwält*innen des *MPT* dieses System mit gemischtem Erfolg: die Figur des *gatos* verschwand formell, jedoch bildeten sich falsche Arbeiter*innenkooperativen, die inoffiziell von *gatos* organisiert wurden. Um 2000 endete auch dieses System der Arbeiter*innenkooperativen auf Druck von Gewerkschaften, *MTE* und *MPT*, jedoch hielt sich das Outsourcing der manuellen Tätigkeiten über *gatos* nach wie vor. Entscheidend für das tatsächliche Ende des Systems waren der erhöhte Fokus der staatlichen Behörden ab 2005, das System des Outsourcing im Zuckerrohrsektor endgültig zu beenden und die Aushandlung eines *TAC* zwischen *MPT* und *Cosan* (jetzt *Raízen*), einem der größten Unternehmen im Sektor, im Jahr 2007. In diesem *TAC* vereinbarten sie, Outsourcing aller manuellen Tätigkeiten zu beenden. Dieses *TAC* löste einen Dominoeffekt aus, da das *MPT* dieses seitdem als Vorlage für andere Unternehmen, die auch illegales Outsourcing einsetzten, verwenden konnte. Dies bewirkte, dass Zuckerrohrunternehmen manuelle Arbeiter*innen seit Ende der 2000er Jahre fast ausschließlich direkt anstellten (Alves 2013; Correa 2014: 3–4; Procuradoria Regional do Trabalho da 15ª Região 2011; Simonato 2007).¹²⁹

Mit Beginn der Mechanisierung begannen Unternehmen jedoch Mitte der 2000er Jahre – gerade als das *MPT* Outsourcing für manuelle Arbeiter*innen mit den Unternehmen geregelt hatte – eine neue, grundsätzliche Debatte um Outsourcing. Seitdem lagern Unternehmen teilweise die Arbeit ganzer Ernteteams und insbesondere die Arbeit von Lkw-Fahrer*innen aus, um Kosten für die Anschaffung neuer Maschinen, Traktoren und Lkws sowie Lohnzahlungen der Fahrer*innen einzusparen (Garvey/Barreto 2016: 182–185; Sommer Meurer/da Silva Lobo 2015).¹³⁰ Der Hintergrund dieser neuerlichen Initiative war, dass Outsourcing in Brasilien bis zur Arbeitsreform 2017 rechtlich nicht eindeutig geregelt war, sondern die Begründung, dass Unternehmen primäre Arbeitsschritte nicht auslagern dürfen, auf einer Sammlung von Entscheidungen von Arbeitsgerichten basierte. Die Zuckerrohrunternehmen lagerten daher mechanisierte Arbeitsschritte aus und argumentierten, dass die mechanisierte Ernte nicht mit der manuellen Ernte gleichzusetzen sei. Sie sei keine grundlegende Tätigkeit eines Unternehmens, das Ethanol, Zucker

129 I_S_6.

130 I_S_1, 6, 8.

oder Strom erzeuge. Dieser Ansicht widersprachen *MPT* und Arbeitsgerichte jedoch und sanktionierten Unternehmen, die Arbeitsschritte der mechanisierten Ernte outsourceten (Globo 2015; Guia Trabalhista 2019; Porto 2015).¹³¹ Seit der Arbeitsreform ist es jedoch gesetzlich erlaubt, auch primäre Arbeitsschritte an Drittfirmen auszulagern. Dies hatte zur Folge, dass Arbeitsgerichte seitdem der Argumentation der Unternehmen stattgeben, den Transport an Drittfirmen auszulagern (Consultor Jurídico 2018; Guia Trabalhista 2019).

Mit der Praxis des Outsourcings sind einige Verstöße wie gegen die Regularien der maximalen täglichen Arbeitszeit von Fahrer*innen, die Pausen während eines Arbeitstags und zwischen den Arbeitstagen, Verstöße gegen Urlaubsansprüche, eine fehlende Gesundheitsversorgung, kein 13. Monatsgehalt und andere Leistungen, die festangestellten Arbeiter*innen im Zuckerrohrunternehmen zustehen, verbunden.¹³² In einem Interview beschrieb ein Lkw-Fahrer eines Transportunternehmens beispielsweise, dass er täglich 12 Stunden arbeite, zuzüglich des Arbeitswegs 14 bis 15 Stunden weg von zu Hause sei und nur an zwei Tagen pro Monat frei habe.¹³³ Für die Lkw-Fahrer*innen mit überlangen Arbeitszeiten stieg auch die Gefahr von teils tödlichen Unfällen signifikant an (Garvey/Barreto 2016: 184).¹³⁴

Weitere Probleme, die sich mit der Mechanisierung verstärkten, waren die Länge des Arbeitstags und die Einhaltung von Pausen. Diese Problematik findet sich zwar in extremerer Form bei den Leiharbeiter*innen, aber auch bei den direkt von Zuckerrohrunternehmen angestellten Fahrer*innen. Hier leitete das *MPT* bereits Prozesse wegen Verstößen gegen Arbeitszeitregelungen ein.¹³⁵

Die Arbeitszeitregelungen änderten sich innerhalb der Periode zwischen 2003 und 2016 zwei Mal. Das Gesetz für Fahrer*innen, *Lei 12.619/2012*, das die Regierung um Dilma Rousseff im Jahr 2012 erließ, sah Arbeitstage von maximal zehn Stunden, also acht Stunden Regelarbeitszeit plus zwei Stunden Überstunden vor – dies war jedoch nur eine Ausformulierung bereits bestehender Regelungen in der *CLT*. Besserungen brachte das Gesetz jedoch bzgl. der Pausenregelungen von Fahrer*innen. So mussten Fahrer*innen laut Gesetz 12.619 nun bereits nach spätestens vier Stunden eine Pause von 30

131 I_S_1, 6.

132 I_S_1, 8; I_A_10.

133 I_A_10.

134 I_S_1.

135 I_S_6; I_TG_8; I_LG_3.

Minuten einlegen. Eine weitere Bestimmung dieses Gesetzes war es, dass die Pause zwischen den Schichten elf Stunden und zwischen Arbeitswochen 35 Stunden betragen solle. Das Gesetz war damals ein Erfolg der gewerkschaftlichen Bemühungen, die Pausenregelungen für Fahrer*innen zu verbessern. Die arbeiterparteigeführte Regierung reformierte dieses Gesetz jedoch auf Druck von Transportunternehmen und der Agrarindustrie gegen den Willen der Gewerkschaften im Jahr 2015. Das neue Gesetz *Lei 13.103/2015* sah u.a. vor, dass Fahrer*innen 30-minütige Pausen erst nach sechs Stunden einlegen müssen sowie flexiblere Pausenregelungen zwischen den Arbeitstagen bestehen. Die aus gewerkschaftlicher Sicht problematischste Änderung war, dass mit dem Gesetz nun auch 12-stündige Arbeitstage legalisiert wurden (de Godoi Moraes 2012; Frias Ramos 2017; *Lei 12.619/2012*; *Lei 13.103/2015*).¹³⁶ Unternehmen können 12-Stunden-Schichten jedoch nur einführen, wenn Gewerkschaften diesen zustimmen und sie in Tarifverträgen verankert werden. Diese Änderung stellte die Gewerkschaften teilweise vor ein Dilemma. Die Gewerkschaftssekretär*innen der Transportgewerkschaften vertreten in der Regel eine kritische Haltung gegenüber 12-Stunden-Schichten. In manchen Fällen sprachen sich jedoch die Fahrer*innen in Vollversammlungen für 12-Stunden-Schichten aus, um ein höheres Gehalt aufgrund des höheren Anteils von besser bezahlten Überstunden zu erreichen. Dem Willen der Fahrer*innen leisteten Gewerkschaften daraufhin Folge und stimmten solchen Klauseln in Tarifverträgen zu.¹³⁷

Das System der Kontrolle von Arbeitsstandards durch Arbeitsinspektor*innen und Staatsanwält*innen funktioniert am effektivsten, wenn Arbeiter*innen, Gewerkschaften oder andere Organisationen illegale Praktiken am Arbeitsplatz melden.¹³⁸ Arbeiter*innen zeigen Unternehmen, während sie dort angestellt sind, jedoch selten wegen Verstößen gegen Arbeitsstandards beim MTE oder MPT an. Arbeiter*innen haben häufig Angst, dass Unternehmen die Anzeigen auf sie persönlich zurückführen können, obwohl anonyme Anzeigen möglich sind. In der Regel zeigen Arbeiter*innen im Zuckerrohrsektor Unternehmen während ihrer Vertragslaufzeit nur dann an, wenn ihre Löhne betroffen sind, also das Unternehmen Gehälter verspätet, falsch oder nicht auszahlt.¹³⁹ Vor der Krise des Zuckerrohrsektors Anfang der 2010er

136 |_TC_1, 5, 6, 8; |_S_6.

137 |_TC_2, 6, 8.

138 |_GD_1; |_S_1, 2, 4; |_LG_27.

139 |_A_1, 17; |_S_2, 4, 7; |_LG_13.

Jahre und der Krise der brasilianischen Wirtschaft ab 2014¹⁴⁰ zeigten Arbeiter*innen Unternehmen manchmal aber auch wegen Verstößen gegen die Ausstattung am Arbeitsplatz an. Seit den Krisen und der damit verbundenen Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation erachten Arbeiter*innen eine solche Anzeige jedoch als zu gefährlich und nicht lohnenswert, dafür das Risiko des Arbeitsplatzverlustes einzugehen. Darüber hinaus gibt es manche arbeitsrechtlichen Verstöße, die Arbeiter*innen aufgrund von Ausgleichszahlungen oder höheren Löhnen teilweise befürworten und daher auch nicht anzeigen. Hierzu zählen beispielsweise (illegale) Überstunden und damit verbundene Zuschläge, mit denen sie ihre geringen Gehälter aufbessern können.¹⁴¹

Wenn Arbeiter*innen entlassen werden, steigt ihre Bereitschaft, eine Anzeige gegen ihre*n Arbeitgeber*in zu stellen, deutlich an. In diesem Fall ziehen sie mit Hilfe von Anwält*innen fast immer vor Gericht. Dies lohnt sich für sie aus zwei Gründen. Einerseits entstehen für Arbeiter*innen keine Kosten, wenn sie vor Gericht ziehen, da sie im Falle der Niederlage weder die Kosten des Unternehmens noch die des*r eigenen Anwalts*in tragen müssen. Ihre Anwält*innen bekommen immer nur 30 Prozent der ausbezahlten Summe im Erfolgsfall. Andererseits gelingt es Arbeiter*innen laut Aussage eines Arbeitsrichters mit einem Gerichtsverfahren fast immer eine zumindest geringe Zahlung zu erwirken, da Richter*innen viele der Anschuldigungen gegen Unternehmen, ob wahr oder nicht, nicht vollständig prüfen können.¹⁴² Unternehmen in Brasilien verstoßen indes häufig gegen Arbeitsstandards, wozu auch die gesetzlichen Grundlagen der Arbeitsjustiz beitragen. In den individuellen Verfahren werden Entschädigungszahlungen oder ausstehende Zahlungen für Arbeiter*innen verhandelt. Arbeitsgerichte verhängen zusätzlich jedoch keine Sanktionszahlungen. Da die Zinsaufschläge für die Nach- und Entschädigungszahlungen gering sind, lohnt es sich für Unternehmen in dieser Logik, Arbeitsrechte zu brechen. Aufgrund der genannten Anreizstrukturen gibt es in Brasilien sehr viele Prozesse vor Arbeitsgerichten.¹⁴³ Auch Zuckerrohrarbeiter*innen zogen nach ihrer Entlassung meistens gegen Zuckerrohrunter-

140 Die brasilianische Wirtschaft ist seit 2014 in der Krise. Diese ist gekennzeichnet durch negative bzw. niedrige Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts und hoher Arbeitslosigkeit (Gallas/Palumbo 2019).

141 I_S_1, 2, 7; I_A_10, 13, 17; I_LG_13.

142 I_S_7.

143 I_S_7; I_LG_12, 13.

nehmen vor Gericht. Gerade aufgrund der beschleunigten Mechanisierung der Zuckerrohrproduktion ab Mitte der 2000er Jahre sowie der Krise des Sektors um 2010 initiierten viele entlassene manuelle Zuckerrohrarbeiter*innen Gerichtsverfahren gegen Zuckerrohrunternehmen.¹⁴⁴

Gewerkschaften oder seltener auch andere Organisationen – etwa die *MST* oder *SPM* – stoßen im Unterschied zu den Arbeiter*innen Anzeigen bei den Behörden *MTE* und *MPT* oder Prozesse vor Arbeitsgerichten wegen systematischer, kollektiver Vergehen gegen Unternehmen an.¹⁴⁵ Anzeigen beim *MTE* und *MPT* waren bereits in den 1990er Jahren ein wichtiges Mittel für Landarbeiter*innengewerkschaften, um Arbeitsstandards durchzusetzen (McGrath 2013: 39). In den 2000er Jahren nahm die Anzeigetätigkeit sowohl von Landarbeiter*innen- als auch Transportgewerkschaften zu, da viele Verstöße der Unternehmen wie Outsourcing oder die Ausstattung des Arbeitsplatzes nach wie vor bestanden, aber die Effektivität der Anzeigen zunahm. Obwohl das *MTE* und *MPT* nach wie vor nicht alle Anzeigen bearbeiteten, stieg deren Reaktionsquote auf Anzeigen. Zudem reagierten die Landarbeiter*innengewerkschaften auch darauf, dass ihre Kapazitäten, Streiks zu mobilisieren, abnahmen und nutzen verstärkt diese Form des Arbeitskampfs (Garvey/Barreto 2016: 188–191).¹⁴⁶

In den 2010er Jahren nahmen die Anzeigen von Landarbeiter*innen- und Transportgewerkschaften beim *MTE* und *MPT* insgesamt ab, da sich die beschriebenen Probleme am Arbeitsplatz in einigen Unternehmen reduzierten. Ausgenommen davon sind jedoch Unternehmen, die kurz vor der Insolvenz standen oder schlossen. Dort häuften sich die von Gewerkschaften initiierten Anzeigen beim *MTE* und *MPT* und die Sammelklagen vor Gerichten.¹⁴⁷ Interessant ist, dass manche Landarbeiter*innengewerkschaften davor zurückschreckten, bei arbeitsrechtlichen Verstößen Anzeigen gegen finanziell angeschlagene Unternehmen beim *MTE* oder *MPT* einzureichen. Sie befürchteten, dass Kontrollen und Strafen der Arbeitsinspektor*innen dazu führen würden, dass Unternehmen diese nicht zahlen könnten, Insolvenz anmelden würden und dadurch viele Arbeitsplätze verloren gingen. Somit stellten diese Gewerkschaften sehr spät oder erst im Falle der Insolvenz Anzeigen und Sammelkla-

144 I_S_4, 7; I_TG_1; I_A_13, 17; I_AL_4; I_SB_4.

145 I_S_4; I_SB_1.

146 I_S_1, 2, 8; I_TG_2; I_SB_4; I_LG_24.

147 I_S_6, 7; I_TG_3; I_LG_10, 12, 13.

gen.¹⁴⁸ Gleichzeitig besteht jedoch das Problem, dass insolvente Zuckerrohrunternehmen viele Schulden bei Arbeiter*innen trotz erfolgter Gerichtsurteile nicht (vollständig) an diese auszahlten und Arbeiter*innen schon seit vielen Jahren auf ihr Geld warten.¹⁴⁹

Manche Gewerkschafter*innen im Zuckerrohrsektor betonen, dass Gewerkschaften theoretisch auch deutlich autonomer von Arbeitsinspektor*innen agieren könnten. Rechtlich wäre es möglich, dass sie konsequent Arbeitsplätze kontrollieren und Verstöße dokumentieren, Beweise sammeln und damit vor Gericht ziehen. Dies machen jedoch die wenigsten Gewerkschaften, da ihnen – gerade im Falle der Landarbeiter*innengewerkschaften – die Ressourcen etwa für Anwält*innen oder zusätzliche Gewerkschaftsmitarbeiter*innen, aber teilweise auch das Interesse hierfür fehlen.¹⁵⁰

8.6 Kämpfe um Land

In diesem Kapitel analysiere ich Kämpfe um Land als Form des Klassenkampfes. Kämpfe um Agrarland finden im Vergleich zu Formen wie Streiks außerhalb des Ausbeutungsverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital statt. Landlose Arbeiter*innen streben in diesen Kämpfen daher nicht die Verbesserung von kapitalistischen Ausbeutungsstrukturen in Zuckerrohrunternehmen an. Ziel ist stattdessen deren Überwindung, indem sie durch die Aneignung des Produktionsmittels Land als Kleinbäuer*innen ihren Lebensunterhalt verdienen und ihre Reproduktion sicherstellen können.

Das Kapitel ist wie folgt gegliedert. Zunächst beschreibe ich aus einer historischen Perspektive Kämpfe um Land in Brasilien und dem Bundesstaat São Paulo. Dabei lege ich besonderes Augenmerk auf die beteiligten Akteure, gesetzliche Vorgaben und die angewandten Formen des Kampfes um Land. In einem zweiten Schritt analysiere ich, wie sich die Transformation des Zuckerrohrsektors in São Paulo auf Kämpfe um Land auswirkte.

148 I_LG_10, 13; G_SB_2; I_U_1.

149 I_S_7; I_LG_4, 5; I_A_8; I_AL_3, 4.

150 I_LG_3, 27; G_SB_2.

8.6.1 Kämpfe um Land in Brasilien

In diesem Abschnitt stelle die Kämpfe um Land von landlosen Arbeiter*innen in Brasilien nach der Kolonialzeit dar und gehe nicht auf jene von *Quilombolas* (siehe hierzu etwa Bowen (2010)) und indigenen Gemeinschaften ein (siehe hierzu etwa Bolaños (2011)).

Gegen die extrem ungleiche Verteilung von Land seit der Kolonialzeit bildeten sich erste Bewegungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die eine umfassende Umverteilung von Land bzw. eine Agrarreform forderten (Robles 2018: 2; Welch/Sauer 2015: 1109–1110). Die Bäuer*innen sowie Lohnarbeiter*innen organisierten sich insbesondere in Bäuer*innenligen und Landarbeiter*innengewerkschaften. Sie schafften es durch ihre Proteste, Druck auf Brasiliens Regierungen aufzubauen, sodass sie Artikel zur sozialen Verpflichtung von Eigentum in die Verfassungen von 1934 und 1946 aufnahmen. In der Verfassung von 1946 verankerte die Regierung um Getúlio Vargas zudem, dass der Staat Land, das entgegen dem Postulat der »sozialen Wohlfahrt« genutzt werde, gegen Entschädigungszahlungen von ihren Eigentümer*innen enteignen könne (Ondetti 2015: 5; Welch/Sauer 2015: 1110–1112).

Nachdem in der Landlosenbewegung und den Landarbeiter*innengewerkschaften zu Beginn der 1960er Jahre vermehrt Hoffnung auf eine umfassende Agrarreform durch den linken Präsidenten João Goulart (1961–1964) aufkam, änderten sich die politischen Rahmenbedingungen durch den Militärputsch von 1964 und den Aufbau der Militärdiktatur. Nichtsdestotrotz bestätigte die neue Regierung mit dem »Landstatut« von 1964, dass Land eine soziale Funktion erfüllen müsse und der Staat Land enteignen könne, das nicht dementsprechend genutzt werde. Letztlich schafften es Bäuer*innen und Landarbeiter*innen während der Militärdiktatur kaum, die Regierungen zur Umsetzung dieses Artikels zu bewegen. Im Gegensatz dazu drängten Großgrundbesitzer*innen die Regierung vielfach erfolgreich dazu, Kleinbäuer*innen von ihren »unproduktiven« kleinen Grundstücken (port. *minifúndios*), die dadurch nicht ihre soziale Funktion erfüllten, zu enteignen. Viele Kleinbäuer*innen verloren während der Militärdiktatur ihr Land an den Staat und an Großgrundbesitzer*innen (Ondetti 2015: 5–6; Robles 2018: 2; Welch/Sauer 2015: 1115–1117).

Nach Ende der Militärdiktatur gab es große Auseinandersetzungen um die Aufnahme und die Modalitäten der rechtlichen Grundlagen einer Agrarreform in der neuen Verfassung von 1988. In Kapitel drei der Verfassung wurde letztlich festgelegt, unter welchen Bedingungen Enteignungen von Land und eine

Umwandlung in Agrarreformland möglich sind (Robles 2018: 7; Welch/Sauer 2015: 1122–1123). Es enthält nach wie vor die Bedingung, dass Land eine soziale Funktion erfüllen müsse. Die soziale Funktion besteht aus vier Elementen: Eigentümer*innen von Land müssen dieses ökonomisch rational und adäquat nutzen, dabei den Schutz der Umwelt und natürlicher Ressourcen wahren, Arbeitnehmer*innenrechte einhalten und das Land zum Wohle von Eigentümer*innen und Arbeiter*innen nutzen. Der Staat kann Land jedoch nicht enteignen, wenn es im Eigentum von kleinen und mittleren Bäuer*innen ist oder wenn Eigentümer*innen Land produktiv nutzen (*Constituição da República Federativa do Brasil*, Art. 184–191). Befürworter*innen einer Agrarreform kritisieren insbesondere den Aspekt, dass der Staat ausschließlich unproduktives Land – die Klausel wurde auf Initiative der Großgrundbesitzer*innen in die Verfassung implementiert – enteignen könne. Sie argumentieren, dass hierdurch die Aspekte der ökologischen und sozialen Verantwortung nichtig würden. Tatsächlich enteignete der Staat nach Ende der Militärdiktatur Land fast ausschließlich aufgrund der unproduktiven Nutzung. Ein weiterer Kritikpunkt an dieser Klausel ist die Berechnungsbasis der Produktivität, die trotz massiver Produktivitätssteigerungen auf Indizes aus den 1970er Jahren beruht (Ondetti 2015: 6, 10; Sauer/Mészáros 2017: 403; Welch/Sauer 2015: 1122–1123).

Der Staat kann Land jedoch nicht nur durch Enteignungen umverteilen und Landlosen als Agrarreformland zur Verfügung stellen. Er kann zudem auch auf bereits existierendes Staatsland zurückgreifen, Land aufkaufen oder Kredite vergeben, die den Kauf von Land für Landlose oder Kleinbäuer*innen erleichtern (Ondetti 2015: 9; Sauer 2019: 113). Zuständig für die Umsetzung der Agrarreform ist auf Bundesebene die Behörde *Instituto Nacional de Colonização e Reforma Agrária (INCRA)*. Sie ist dem Bundesministerium für Agrarentwicklung MDA zugeordnet und wurde 1970 gegründet. Auf Ebene der Bundesstaaten ergänzen bundesstaatliche Behörden wie die *Fundação Instituto de Terras do Estado de São Paulo »José Gomes da Silva« (ITESP)* im Bundesstaat São Paulo das Handeln der INCRA. Sie verwalten etwa Land im Besitz der jeweiligen Bundesstaaten (Calcagnotto 2012: 332; ITESP o.J.-b; Ondetti 2015: 9; Penna 2012).

Nach dem Ende der Militärdiktatur hofften Landlose und ihre Organisationen aufgrund der neuen Verfassung und der Dynamik des demokratischen Neubeginns auf eine Umsetzung der Agrarreform. Der erste Präsident der demokratischen Republik, Großgrundbesitzer José Sarney (damals Mitglied der konservativen *Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB)*), versprach bei seinem Amtsantritt, 1,4 Mio. Familien auf Agrarreformland anzusiedeln.

Faktisch schuf er in seiner Amtszeit zwischen 1985 und 1990 Agrarreformland für ca. 90.000 Familien. Auch die nachfolgenden Regierungen von Fernando Collor de Mello (*Partido Trabalhista Cristão*) und Itamar Franco (damals *PMDB*) zwischen 1990 und 1994 errichteten nur für knapp 60.000 Familien Agrarreformsiedlungen (port. *assentamentos*) (Robles 2018: 5–15, 20; Sauer/Mészáros 2017: 405).

Trotz der ersten Enttäuschungen wuchs die insbesondere durch die *MST* angeführte Bewegung der Landlosen im Laufe der 1990er Jahre. Zudem verbesserten Organisationen wie die *MST* ihren Kampf um Land: sie errichtete in immer mehr Bundesstaaten Strukturen, bereitete die militanten Landlosen besser auf den Kampf um Land vor und weitete ihr (Unterstützer*innen-)Netzwerk und ihr Repertoire an Protestformen aus. Die wichtigste Form des Kampfes blieb jedoch die Landbesetzung, die in den 1990er Jahren immer mehr zunahm und 1999 mit 856 Besetzungen ihren Höhepunkt fand (Dataluta 2017: 15; Robles 2018: 17–18).

Die Regierung von Präsident Cardoso regierte auf zwei Arten auf den Druck der Landlosenbewegung. Einerseits gab sie den Forderungen teilweise nach. So erließ die Regierung verschiedene Programme wie *Reforma Agrária Compromisso de todos* (dt. Agrarreform als Verpflichtung für alle) und *Programa Nacional de Fortalecimento da Agricultura Familiar* (*PRONAF*, dt. Nationales Programm zur Stärkung der Familienlandwirtschaft), um die Familienlandwirtschaft zu stärken. Zudem schuf Cardosos Regierung 1999 das Ministerium für Agrarentwicklung *MDA*, um den Aufbau von Agrarreformsiedlungen besser zu koordinieren. In seinen Amtszeiten siedelte Cardoso nach offiziellen Angaben von *INCRA* ca. 525.000 landlose Familien auf ca. 37 Mio. Hektar Land an. Laut Statistiken von *Dataluta* waren es wahrscheinlich aber eher ca. 461.000 Familien, die von Agrarreformland profitierten (Robles 2018: 17–20; Sauer/Mészáros 2017: 405). Soziale Bewegungen und Befürworter*innen einer Agrarreform kritisierten Cardosos Politik trotz der vielen neu geschaffenen Agrarreformsiedlungen. Sie argumentierten, dass diese neuen Agrarreformsiedlungen hauptsächlich im Amazonasgebiet lägen, das schlechter infrastrukturell erschlossen und daher weniger attraktiv für Bäuer*innen sei. Zudem stattete Cardoso die Agrarreformsiedlungen trotz gesetzlicher Vorgabe oftmals unzureichend ohne die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen wie den Bau von Schulen, Wasser- und Stromleitungen aus (Ondetti 2015: 9; Robles 2018: 21–22; Sauer/Mészáros 2017: 400).

Cardoso schuf Mechanismen der marktbasierter Agrarreform, also Kreditprogramme, auf die Landlose zugreifen konnten, um Land zu kaufen. Die-

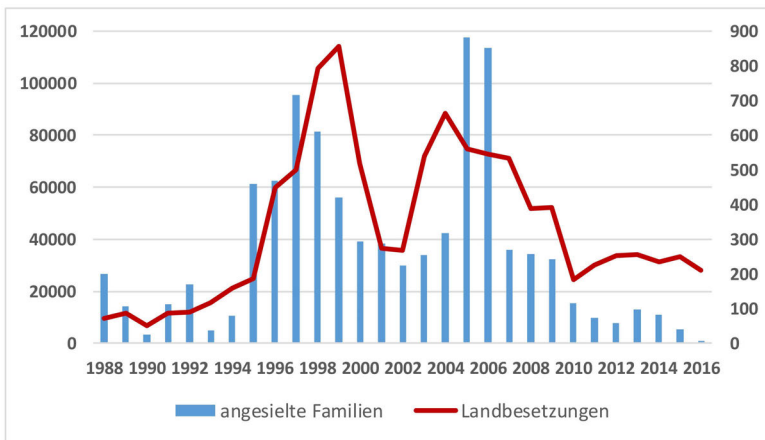
se Maßnahmen spalteten jedoch Organisationen wie die MST, CPT oder CONTAG, die sich in der 1995 gegründeten Vereinigung *Forum Nacional pela Reforma Agrária e Justiça no Campo* (dt. Nationales Forum für die Agrarreform und Gerechtigkeit auf dem Land) organisierten und gemeinsam für eine Agrarreform einsetzten. Während insbesondere die CONTAG die Reformen inklusive der marktbasierter Agrarreform unterstützte, waren soziale Bewegungen wie die MST strikt dagegen (Welch/Sauer 2015: 1125, 1128). Gleichzeitig kriminalisierte Cardosos Regierung Landbesetzungen und verordnete Sanktionen für Landbesetzer*innen in Dekreten in den Jahren 1997, 2000 und 2001. Hierdurch gingen Landbesetzungen in den Jahren 2000 und 2001 deutlich zurück. In dieser Phase beruhte die Schaffung von Agrarreformsiedlungen hauptsächlich auf Top-Down-Entscheidungen der Regierung. Zugleich führte die Kriminalisierung von Landbesetzungen zu einem Bruch der teilweise bestehenden Verbindungen zwischen Regierung sowie sozialen Bewegungen und Gewerkschaften (Robles 2018: 21–22; Sauer/Mészáros 2017: 400–401; Welch/Sauer 2015: 1127).

Nachdem Lula da Silva in seinem Wahlkampf eine umfassende Agrarreform mit aktiver Beteiligung der sozialen Bewegungen versprochen hatte, waren die Erwartungen von Landlosenbewegungen und Gewerkschaften groß, dass die lange erhoffte Agrarreform nun umgesetzt würde. Diese Hoffnung verstärkte sich, nachdem er zu Beginn seiner ersten Amtszeit den auf Empfehlungen von Landarbeiter*innenvertretungen und diesen nahestehenden Wissenschaftler*innen den Agrarreformplan *Programa Nacional de Reforma Agrária II* erlassen hatte. Bald stellte sich jedoch Ernüchterung bei den Landlosen und ihren Organisationen ein (Robles 2018). Insgesamt schuf Lula da Silva in seinen zwei Amtszeiten zwischen 2003 und 2011 laut *Dataluta* Agrarreformsiedlungen für ca. 419.000 Familien und damit sogar weniger als sein Vorgänger Cardoso (Robles 2018: 20, 22–23). Ebenso wie Präsident Cardoso errichtete er die Agrarreformsiedlungen zumeist nur auf Staatsland, in sozioökonomisch benachteiligten Regionen und auf großen Druck von Landlosen. Auch Lula da Silva nutzte das von Cardoso begonnene marktbasiertere Agrarreformprogramm mittels Kreditlinien für Landlose, die mit den Krediten Land erwerben konnten. Enteignungen von Großgrundbesitzer*innen und eine großflächige Umverteilung von Land an Landlose fanden hingegen kaum statt (Ondetti 2015: 9; Robles 2018: 22–26; Sauer/Mészáros 2017: 404–407; Welch/Sauer 2015: 1125, 1128–1129).

Der Trend, der bereits in der zweiten Amtszeit Lulas einsetzte, verstärkte sich während Dilma Rousseffs Regierungszeit zwischen 2011 und 2016. Ihre Regierung gründete immer weniger neue *assentamentos*, sodass in dieser Pha-

se nur knapp 50.000 Familien Agrarreformland zugesprochen bekamen. Dilma Rousseff argumentierte, dass viele der geschaffenen Agrarreformsiedlungen schlecht ausgestattet seien und die Agrarreformpolitik daher überdacht werden müsse. Daher schuf sie neue Programme wie *Terra Forte* (dt. starkes Land), um bestehende Agrarreformsiedlungen zu unterstützen (Dataluta 2017: 23; Sauer/Mészáros 2017: 406–407). Nichtsdestotrotz waren die sozialen Bewegungen um die MST sehr enttäuscht von Rousseffs Agrarreformpolitik. Einer der nationalen MST-Koordinatoren Alexandre Conceição bezeichnete Dilma Rousseff »in Bezug auf die Agrarreform [als] schlechteste Präsidentin seit Sarney« (Lima 2014, Übers. J.B.).

Abbildung 9: Neue Familien in Agrarreformsiedlungen und Landbesetzungen in Brasilien 1988–2016



Quelle: Dataluta (2017: 15, 23), eigene Darstellung

Letztlich verbesserte sich unter Lula da Silva und Dilma Rousseff vor allem die Unterstützung für Familienlandwirt*innen durch neue Programme wie *Consolidação da Agricultura Familiar* (dt. Konsolidierung der Familienlandwirtschaft) oder die Stärkung bestehender Programme. Beispielsweise erweiterten sie das Budget für das Programm *PRONAF* von 2,3 Mrd. Reais (506 Mio. Euro) im Jahr 2002 auf 24 Mrd. Reais (5,28 Mrd. Euro) im Jahr 2014 (Robles 2018:

24–25). Zudem hoben die Regierungen die vorher erlassene Kriminalisierung von Landbesetzungen auf und verbesserten den Dialog mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften (Sauer/Mészáros 2017: 408). Insgesamt jedoch überwog die Kritik der Landlosenbewegungen wie der MST an den Regierungen der Arbeiterpartei, da diese keine grundlegenden nachhaltigen Verbesserungen der Landverteilung und Agrarreform voranbrachten und stattdessen eher die Agrarindustrie stärkten. Dies zeigt sich beispielsweise am Gini-Koeffizienten für Landverteilung, der zwischen 1999 und 2014 konstant zwischen 0,8 und 0,9 lag. Land blieb somit sehr ungleich verteilt (Dataluta 2017: 32; Ondetti 2015: 9; Robles 2018: 23; Stedile 2007).

Insgesamt lassen sich die Agrarreformbemühungen der verschiedenen Regierungen Brasiliens gut mit Wilder Robles Worten zusammenfassen:

»Brasiliens Geschichte ist voller falscher Versprechungen einer Agrarreform. Seit den 1930er Jahren versprachen die aufeinanderfolgenden Regierungen verschiedener ideologischer Überzeugungen eine Agrarreform, die sie nie erfüllten, da die mächtigen landbesitzenden Eliten es durchgängig schafften, dies zu blockieren.« (Robles 2018: 2, Übers. J.B.)

8.6.2 Kämpfe um Land als Form des Klassenkampfes

Landbesetzungen sind in Brasilien die zentrale Protestform des Kampfes um Land und gegen Großgrundbesitzer*innen, die landlose Arbeiter*innen und ihre Organisationen nutzen. Sie sind darüber hinaus nicht nur eine Form des Kampfes für den Zugang zu Land, sondern auch für eine bäuerliche Landwirtschaft (Fernandes 2005: 317). Landlose und ihre Bewegungen suchen Land, das in staatlichem oder privatem Besitz sein kann, strategisch aus. Ihr zentrales Anliegen ist es, Aufmerksamkeit zu erregen und die Unterstützung der Öffentlichkeit und von anderen gesellschaftlichen Gruppen zu bekommen, um den Staat damit unter Druck zu setzen, Land in Agrarreformland umzuwandeln. Neben Landbesetzungen nutzen Landlosenbewegungen hierfür Märsche, Demonstrationen, Gerichtsverfahren, Straßenblockaden oder Besetzungen von öffentlichen Institutionen wie der INCRA (Carter 2010: 202–203; Dataluta 2017; de Sousa Santos/Carlet 2010; Fernandes 2005: 325, 327, 330).

Landlose organisieren sich in der Regel in Camps (pt. *acampamento*) aus kleinen, selbstgeziimmerten Baracken, die sie am Straßenrand, auf dem geforderten Land selbst oder auf Land von Unterstützer*innen errichten. Die *acampamentos* weisen je nach Landlosenbewegung verschiedene interne Strukturen

auf. Aus diesen Camps heraus organisieren Landlose ihre Aktionen wie Landbesetzungen (Fernandes 2005: 331–334).¹⁵¹ Die *acampamentos* werden von verschiedenen Organisationen und Bewegungen organisiert. Zwischen 2000 und 2016 gab es in Brasilien mehr als 130 solcher Bewegungen und Organisationen, die von kleinen lokalen Landlosenbewegungen bis hin zu großen nationalen Bewegungen wie der MST reichen. Auch Gewerkschaften, insbesondere Landarbeiter*innengewerkschaften, beteiligen sich daran (Dataluta 2017: 38–42).

Ziel ist es, dass die Mitglieder der Landlosenbewegung Land in Agrarreformsiedlungen bekommen. Hierfür müssen sich die landlosen Arbeiter*innen bei der INCRA registrieren, wobei sie von den jeweiligen Organisationen unterstützt werden. Nicht jede Person kann ein Anrecht auf Agrarreformland anmelden. So sind ausschließlich Landarbeiter*innen ohne Landbesitz berechtigt, Agrarreformland zugesprochen zu bekommen (Fernandes 2005: 329, 333–334). Die Häufigkeit von Landbesetzungen und ihr Erfolg hängen von verschiedenen Faktoren ab, beispielsweise der Stärke und Größe von Landlosenbewegungen, von gesetzlichen Vorschriften oder der Regierungspolitik.¹⁵²

Agrarreformsiedlungen entstehen, wenn Behörden wie die INCRA oder ITESP Land in Agrarreformland umwandeln und dieses an landlose Landarbeiter*innen verteilen. Die Familien bekommen von der ITESP ein Nutzungsrecht des im staatlichen Eigentum befindlichen Landes zugesprochen. Im Fall der INCRA wird das Nutzungsrecht nach einiger Zeit in einen Eigentumstitel umgewandelt, der Agrarreformsiedler*innen, im Unterschied zum Land der ITESP, berechtigt, das Land zu verpachten oder zu verkaufen. Der Staat ist zudem verpflichtet, Agrarreformsiedlungen mit der notwendigen Infrastruktur auszustatten (INCRA 2020; ITESP o.J.-a).

In den *acampamentos* finden sich meistens Menschen, die aus bäuerlichen Familien stammen oder in landwirtschaftlichen Betrieben in unterschiedlichen Arbeitsverhältnissen tätig waren. Teilweise sind die landlosen Arbeiter*innen erwerbslos, teilweise verdienen sie nebenher als Tagelöhner*innen, Erntehelfer*innen oder mit anderen oftmals prekären Arbeiten ihren Lebensunterhalt. Sich einer Landlosenbewegung anzuschließen und Land zu besetzen, erfordert Mut und eine aktive Entscheidung der Landlosen, da der Kampf und das Leben im *acampamento* oftmals viele Jahre andauern (Fernandes 2005).¹⁵³ Bernardo Mançano Fernandes (2005) beschreibt Landbe-

151 I_SB_5, 6; G_SB_3; FC_SB_1.

152 I_SB_3, 5, 6.

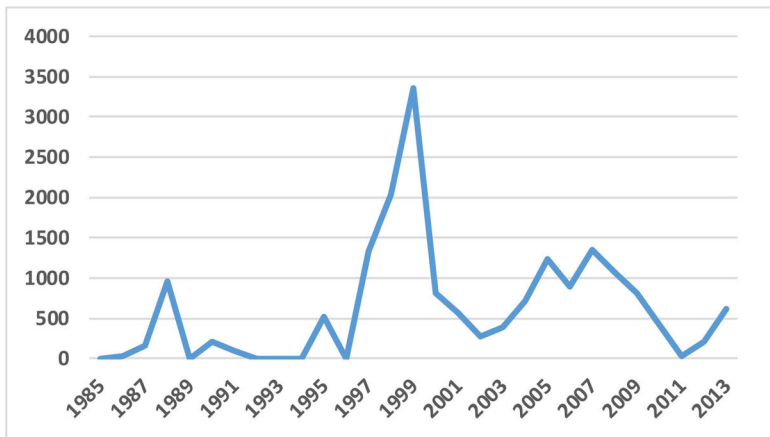
153 FC_SB_1, 2; I_AL_3, 7; I_SB_5, 6.

setzungen und den Kampf um Land daher als Prozess der Bewusstmachung von erfahrener Enteignung und Ausbeutung, wobei die Landlosen in den *acampamentos* (*acampados*) eine Identität als landlose Arbeiter*innen herausbildeten. Ziel des Kampfes sei es, ihre Erfahrungen von Enteignung und Ausbeutungsverhältnissen zu überwinden und selbstbestimmt bäuerliche Landwirtschaft zu betreiben. Kampf um Land ist daher für ihn, in Anlehnung an Edward P. Thompson (1966), ein konstanter Prozess der Klassenbildung.

8.6.3 Kämpfe um Land im Bundesstaat São Paulo

Die Entwicklung der Kämpfe um Land und die Schaffung von Agrarreformsiedlungen folgen im Bundesstaat São Paulo größtenteils nationalen Entwicklungen. Auch in São Paulo entstanden die meisten Agrarreformsiedlungen unter der Regierung Cardoso Ende der 1990er Jahre und Mitte der 2000er Jahre unter der Regierung Lula da Silvas. Bei Betrachtung der Statistiken zeigt sich jedoch auch, dass im Bundesstaat São Paulo im Verhältnis zu anderen Bundesstaaten sehr wenige Agrarreformsiedlungen geschaffen wurden.

Abbildung 10: Neue Familien in Agrarreformsiedlungen im Bundesstaat São Paulo 1985–2013



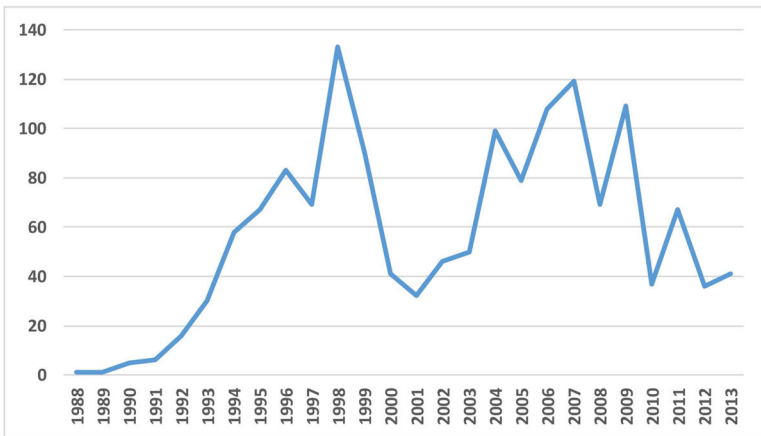
Quelle: Dataluta (2014b: 17), eigene Darstellung

Im Zeitraum zwischen 1985 und 2013 bekamen in Brasilien ca. 1,1 Mio. Familien Agrarreformland zugesprochen, das jedoch nur für knapp 20.000 Familien im Bundesstaat São Paulo lag. Auch innerhalb des Bundesstaats São Paulo gibt es regionale Unterschiede. So entfielen mit knapp 6.300 Familien in 114 Agrarreformsiedlungen ca. ein Drittel aller zwischen 1985 und 2013 neu angesiedelten Familien auf die Region Pontal de Paranapanema (Teil des Verwaltungsbereichs Presidente Prudente), auf den Verwaltungsbereich Ribeirão Preto etwa nur acht Agrarreformsiedlungen mit ca. 1.400 Familien (Dataluta 2014a: 16; 2014b: 16–17; 2017: 23).

Das nationale Regierungshandeln, wie Neugründungen von *assentamentos* und der Umgang mit Landlosenbewegungen, wirkt sich auch auf die Anzahl von Landbesetzungen aus. Wie in Abbildung 11 zu sehen, gab es ähnlich wie auf nationaler Ebene Ende der 1990er Jahre sowie 2003 bis 2009 die meisten Landbesetzungen im Bundesstaat São Paulo. Auffällig ist zudem, dass überproportional viele Landlose – knapp 16 Prozent aller Landlosen Brasiliens zwischen 1988 und 2016 – in São Paulo im Vergleich zu anderen Bundesstaaten Land besetzen und einfordern. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Land in São Paulo ist attraktiv für Bäuer*innen, da die Bodenqualität und infrastrukturelle Erschließung zumeist gut sind. Zudem sind Landlosenbewegungen wie die MST oder Landarbeiter*innengewerkschaften wie die *FERAESP* gut organisiert und Landbesetzungen weniger gefährlich als in anderen Bundesstaaten. Ein weiterer wichtiger Faktor ist, dass sich Landlose im Laufe der 1990er Jahre in der Region Pontal de Paranapanema einige Agrarreformsiedlungen erkämpfen konnten und die Aussicht auf erfolgreiche Landbesetzungen die Bewegung stärkte. Etwa 60 Prozent aller Landbesetzungen im Bundesstaat São Paulo zwischen 1988 und 2013 entfielen daher auch auf diese Region (Dataluta 2014a, 2014b, 2017).¹⁵⁴

Insgesamt organisierten in São Paulo im Zeitraum 2000 bis 2013 34 verschiedene Organisationen Landlose und deren Landbesetzungen. Ein Großteil (ca. 72 Prozent) der knapp 100.000 Familien entfiel dabei auf die MST, die *FERAESP* organisierte etwa nur 2.400 Familien (Dataluta 2014b: 27–28).

Abbildung 11: Landbesetzungen im Bundesstaat São Paulo 1988–2013



Quelle: Dataluta (2014b: 10), eigene Darstellung

Wie gesehen, beeinflusst die nationale Agrarreformpolitik den Kampf um Land in São Paulo. Nichtsdestotrotz haben auch andere Faktoren wie die Transformation des Zuckerrohrsektors Einfluss auf dortige Landlosenbewegungen, ihre Organisationen und ihre Kämpfe.

Zuckerrohrproduzent*innen weiteten in den 2000er Jahren die Produktion von Zuckerrohr aus. In manchen Gegenden wie Presidente Prudente verdreifachte sich im Zeitraum zwischen 2003 und 2009 die Fläche, auf der Zuckerrohr angebaut wurde, in manchen wie Ribeirão Preto erhöhte sich die Fläche nur um 13 Prozent (Fernandes et al. 2010: 800). Oftmals erfolgte die Expansion auf Flächen, die vorher unproduktiv bewirtschaftet wurden (etwa zur Rinderzucht) oder die brachlagen. Da laut Verfassung ausschließlich nicht produktiv genutzte Flächen enteignet werden können, waren eben jene Flächen und Fazendas das primäre Ziel von Landlosenbewegungen in São Paulo.¹⁵⁵ In Regionen wie Ribeirão Preto sind diese Flächen seltener, da hier Landeigentümer*innen zumeist reguläre Landtitel besitzen und bereits seit den 1980er Jahren auf vielen Flächen Zuckerrohr angebaut wird. Auf die wenigen unproduktiven Fazendas konzentrierten Landlosenbewegungen wie die MST in Ribeirão

155 l_SB_1, 2, 3, 5.

Preto – neben der Besetzung von Staatsland – ihr Handeln (Barreto 2018: 30; Bini 2011: 415–416; Oliveira et al. 2017: 363).¹⁵⁶

In Regionen wie Presidente Prudente und im Speziellen dem Pontal de Paranapanema nutzten Landeigentümer*innen einen Großteil der Flächen unproduktiv. Der Grund hierfür ist, dass viele der Flächen in dieser Region als *terras griladas* (dt. geraubtes Land) gelten. Zwischen 1850 und Anfang der 2000er Jahre eigneten sich Landeigentümer*innen über eine Mio. Hektar Land illegal an und besitzen daher keine gültigen Landtitel. Aufgrund der rechtlichen Unsicherheit ihres Landtitels und der damit verbundenen Gefahr, dieses Land zu verlieren, investierten Eigentümer*innen auch kaum in dieses Land, nutzten es vor allem als Viehweiden und betrieben daher eine oftmals »unproduktive« Landwirtschaft (Fernandes/Welch 2019: 896; Fernandes et al. 2010: 799).¹⁵⁷

Aufgrund der fehlenden Gültigkeit der Landtitel und der unproduktiven Nutzung des Landes erreichte die Landlosenbewegungen durch ihren Protest, dass die Behörden *INCRA* und *ITESP* in der Region Pontal de Paranapanema einige Eigentümer*innen gegen eine Entschädigung zwischen 1997 und 1999 enteigneten und 77 Agrarreformsiedlungen für 4.333 Familien errichteten. Zwischen 2003 und 2013 entstanden nur noch 23 neue Agrarreformsiedlungen für 1130 Familien, obwohl Landlose in den 2000er Jahren ähnlich viele Landbesetzungen durchführten wie in den 1990er Jahren und die Landtitel nach wie vor ungesichert waren (Dataluta 2014a: 10, 17).¹⁵⁸ Dieser Rückgang lässt sich vor allem damit begründen, dass die Landeigentümer*innen ihr Land an Zuckerrohrunternehmen verpachteten und das Land somit produktiv genutzt wurde (Fernandes/Welch 2019: 899–900; Thomaz Júnior 2009c).¹⁵⁹ Beispiele hierfür sind die Fazendas Santa Rita in Teodoro Sampaio und São Domingo in Sandovalina, die die MST bereits Ende der 1990er bzw. in den 2000er Jahren mehrere Male besetzt hatte. Die Eigentümer*innen reagierten darauf teils gewaltsam, indem sie bewaffnete Männer engagierten, die die Landlosen durch Schüsse vom Land vertrieben. Die MST forderte das Land aufgrund gefälschter Landtitel und unproduktiver Nutzung als Agrarreformland ein. Für die Fazenda Santa Rita gab es bereits Anfang der 2000er Jahre sogar einen Enteignungsantrag der *INCRA*, den der Eigentümer durch eine Gegenklage

156 |_SB_5, 6.

157 |_SB_3.

158 |_SB_2, 3.

159 |_SB_2, 3.

gegen die Landbesetzer*innen stoppen konnte. In der Folge verpachteten die Landeigentümer der Fazenda Santa Rita und der Fazenda São Domingo ihre Flächen an die Unternehmen Odebrecht und Umoe zur Zuckerrohrproduktion, wodurch sie ihre Flächen vor Enteignungen schützen konnten (Fernandes/Welch 2019: 899–900; Mendes da Silva 2011: 37–38). Diese beiden Beispiele zeigen, wie Landeigentümer*innen in der Region Pontal de Paranapanema ihr Land sichern konnten. Durch den Anbau von Zuckerrohr konnten die Eigentümer*innen vorweisen, dass sie das Land nun produktiv nutzten, was Enteignungen erschwerte und erklärt, weshalb in der Region deutlich weniger Agrarreformsiedlungen als vor der Expansion der Zuckerrohrproduktion entstanden. Darüber hinaus verschaffte die Zuckerrohrexpan­ sion den Landeigentümer*innen Zeit bei ihren Bemühungen, ihr (illegales) Land zu regularisieren und legale Landtitel zu erhalten. In den 2000er Jahren erließ die Regierung in São Paulo bereits Gesetze, die dies erleichterten (Barros 2007; Fernandes/Welch 2019: 899–900; Mendes da Silva 2011; Thomaz Júnior 2009c).¹⁶⁰

Die Ausweitung der Zuckerrohrproduktion erschwerte den Kampf der Landlosen jedoch nicht nur aufgrund der dadurch gewachsenen Produktivität der Landnutzung, sondern auch, da die agrarindustrielle Transformation des Zuckerrohrsektors ihre Gegner*innen stärkte. Waren zuvor hauptsächlich brasilianische Großgrundbesitzer*innen und landwirtschaftliche Großbetriebe Ziel der Landbesetzungen, sind nun zusätzlich (multinationale) Zuckerrohrunternehmen Gegner*innen der Landlosenbewegungen in São Paulo. Da beide Kapitalfraktionen wie in der Region des Pontal de Paranapanema voneinander profitieren, stützen sie sich gegenseitig im Kampf gegen Landlose (Thomaz Júnior 2009c: 8–10).¹⁶¹

Der Zuckerrohrsektor erfährt darüber hinaus eine hohe staatliche und gesellschaftliche Unterstützung – beides Faktoren, die auch über den Erfolg von Landbesetzungen entscheiden. Nicht nur staatliche Akteure auf Ebene des Bundes oder Bundesstaats São Paulo setzen sich für die Förderung des Sektors ein, sondern auch lokale Politiker*innen. Obwohl diese teilweise auch Befürworter*innen von Agrarreformsiedlungen sind, bevorzugen sie die Expansion des Zuckerrohrsektors, da der Sektor Arbeitsplätze schafft und Entwicklung in die ländlichen Regionen bringe.¹⁶² Dadurch, dass Zucker-

160 I_SB_2, 3.

161 I_SB_3, 6.

162 I_SB_3, 6.

rohrunternehmen lokale soziale Projekte und öffentliche Einrichtungen wie Schulen unterstützen sowie Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten in den ländlichen Regionen schaffen, überzeugen Unternehmen Teile der lokalen Bevölkerung von ihrem Entwicklungsmodell. Hierdurch erschweren sie den Kampf der Landlosenbewegungen, die für die Durchsetzung ihres Modells der bäuerlichen Landwirtschaft auch auf die Unterstützung der lokalen Bevölkerung angewiesen sind.¹⁶³

Die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen für Landarbeiter*innen hat auch einen direkten Einfluss auf die Größe von Landlosenbewegungen (Fernandes 2005: 335). Vor der Expansion des Zuckerrohrsektors in der Region des Pontal de Paranapanema gab es viele Familien, die Teil der Landlosenbewegung waren, in *acampamentos* lebten und Land besetzten. Im Jahre 2001 waren es beispielsweise noch knapp 7.500 Familien, die Land besetzten. Im Laufe der 2000er Jahre nahm die Größe der Bewegung ab, sodass dort nur noch 166 landlose Familien im Jahre 2010 Land besetzten (Dataluta 2014a: 10). Grund hierfür war insbesondere, einen Arbeitsplatz im Zuckerrohrsektor zu finden. Hierdurch entfiel die ökonomische Notwendigkeit der landlosen Arbeiter*innen, Land zu besetzen. Zudem fehlte ihnen durch die Erwerbsarbeit im Zuckerrohrsektor die Zeit und nun als Teil der Agrarindustrie auch das Interesse, sich in *acampamentos* einzubringen und an Landbesetzungen zu beteiligen. Erst durch Entlassungen aufgrund der Mechanisierung und die Krise des Sektors stieg die Beteiligung von landlosen Arbeiter*innen, oftmals entlassenen Zuckerrohrarbeiter*innen, in den Landlosenbewegungen in der Region im Pontal de Paranapanema wieder an.¹⁶⁴ Auch in anderen Regionen lässt sich teilweise ein ähnlicher Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen im Zuckerrohrsektor sowie der Größe von Landlosenbewegungen herstellen. In der Region Ribeirão Preto war der Zuckerrohrsektor bereits seit den 1980er Jahren der wichtigste Arbeitgeber für Landarbeiter*innen. Erste Landbesetzungen und *acampamentos* fanden sich dort jedoch erst im Laufe der 1990er Jahre, als dortige Unternehmen begannen Teile der Zuckerrohrernte zu mechanisieren, wodurch einige Zuckerrohrarbeiter*innen ihre Stelle verloren. Zunächst organisierten Landarbeiter*innengewerkschaften die entlassenen Arbeiter*innen und deren Landbesetzungen. Die MST siedelte sich erst Ende der 1990er Jahre in der Region Ribeirão Preto an. In dieser Zeit schlossen sich der MST schnell ca. 1200 Familien an, darunter viele ehemalige

163 |_SB_3.

164 |_SB_2, 3.

Zuckerrohrarbeiter*innen (Borelli Filho 2014: 168–178; Fernandes/Welch 2019: 902).¹⁶⁵

Die Expansion des Zuckerrohrsektors wirkte sich auch auf bereits bestehende Agrarreformsiedlungen aus. Auch hier arbeiteten die Bewohner*innen teilweise als Lohnarbeiter*innen im Zuckerrohrsektor, da ihr Einkommen als Kleinbäuer*innen nicht ausreichte. Sie wurden dadurch Teil des Systems der Agrarindustrie, gegen das die Bewohner*innen Widerstand leisten.¹⁶⁶ Darüber hinaus verpachteten manche Bewohner*innen von Agrarreformsiedlungen (pt. *assentados*) Teile ihres Landes an Zuckerrohrunternehmen oder etablierten mit Zuckerrohrunternehmen vertragslandwirtschaftliche Abkommen. Während sich die Behörde INCRA gegen diese Form der Partnerschaft der Kleinbäuer*innen aussprach – *assentados* verpachteten ihr Land manchmal dennoch illegal an Zuckerrohrfirmen –, förderte und ermöglichte die Politik der ITESP diese. Die ITESP erließ 2002 und 2004 zwei Verordnungen (*Portaria* 75 und 77), die es Kleinbäuer*innen auf ihrem ITESP-Agrarreformland ermöglichte, auf je nach Größe 30 bis 50 Prozent ihres Landes Rohstoffe als Zulieferer für die Agrarindustrie zu produzieren. Insgesamt 492 Familien im Bundesstaat São Paulo nutzten diese Gelegenheit – nach eigener Aussage zumeist aufgrund fehlender ökonomischer Alternativen – und bauten Zuckerrohr für Zuckerrohrunternehmen an. Sie schlossen Lieferverträge mit den Zuckerrohrunternehmen ab, in denen sie die Zuständigkeiten der beiden Parteien und die Zahlungsmodalitäten vereinbarten. Die Partnerschaft wurde von der ITESP, die diese überwachen und begleiten sollte, und durch Kredite der Banken *Banco do Brasil* mit dem Kreditprogramm *BB-Conviv* und *BNDES* über das *PRONAF*-Programm unterstützt. Die Partnerschaft lohnte sich jedoch meistens nicht für die Kleinbäuer*innen und endete oftmals bereits nach wenigen Jahren (Fernandes et al. 2010: 804–807; Ferrante/Barone 2011; Mendes da Silva 2011: 26–29; Thomaz Júnior 2009c: 10).¹⁶⁷ Über die Partnerschaft zwischen der Usina Alcídia und den Agrarreformsiedlungen berichteten teilnehmende Kleinbäuer*innen, dass sie durch den Anbau von Zuckerrohr deutlich weniger verdienten als angenommen, kaum Kontrolle über den Produktionsprozess hatten und keine Transparenz hinsichtlich der Produktionsmenge, auf der ihr Einkommen beruhte, herrschte. Zudem beklagten sie die Verluste an Bodenqualität durch den agrarindustriellen

165 I_SB_5, 6.

166 I_SB_2; I_AL_1.

167 I_SB_3.

Anbau von Zuckerrohr und bedauerten letztlich die Teilnahme am Programm (Fernandes et al. 2010: 805–807; Ferrante/Barone 2011; Mendes da Silva 2011: 26–29).¹⁶⁸

Die Frage, ob Kooperationen mit dem Zuckerrohrsektor kategorisch abzulehnen seien, spaltete die Landlosenbewegung. Innerhalb der Agrar-reformsiedlungen entschieden sich einige Familien, ihr Land an Zuckerrohrunternehmen zu verpachten oder sie mit Zuckerrohr zu beliefern. Sie entschieden sich für das Angebot der Unternehmen, das durch die Unterstützung der *ITESP* rentabel klang. Gleichzeitig fehlten ihnen, insbesondere durch die ausbleibende staatliche Unterstützung für Agrar-reformsiedlungen, die Voraussetzungen, Geld mit anderen Agrarprodukten zu verdienen. Andere Familien und insbesondere die *MST*-Führung lehnten eine Zusammenarbeit mit Gegner*innen der Agrarreform, den Zuckerrohrunternehmen, ab. Andere Organisationen wie *Movimento dos Pequenos Agricultores*, *MAST* oder José Rainhas *MST da Base* befürworteten hingegen unter gewissen Bedingungen den Anbau von Agrarpflanzen für die Treibstoffproduktion und die Kooperation mit Agrarunternehmen (Fernandes et al. 2010: 802, 808–814; Mendes da Silva 2011: 29).¹⁶⁹

Aufgrund der Krise des Sektors und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit vergrößerte sich nicht nur die Notwendigkeit für eine Agrarreform, sondern es boten sich auch neue Möglichkeiten für den Kampf um Land. Viele Zuckerrohrunternehmen, die kurz vor der Insolvenz standen oder schlossen, hatten vor allem beim Staat, aber auch bei ihren Angestellten, hohe Schulden. Gleichzeitig hielten diese Unternehmen selten Arbeits- und Umweltstandards ein, sodass Landlosenbewegungen wie die *MST* und Landarbeiter*innengewerkschaften wie die *FERAESP* argumentierten, dass die Unternehmen ihrer sozialen Funktion von Landeigentum nicht gerecht würden. Daher müsste der Staat die Unternehmen von ihrem Land enteignen und daraus Agrarreformsiedlungen schaffen.¹⁷⁰ Obwohl es bereits vorher Besetzungen des Landes von Zuckerrohrunternehmen gab u.a. auch gegen den Bau von neuen Zuckerrohrfabriken wie der *Usina Conquista do Pontal* von Odebrecht im Jahr 2008 durch die *MST*, zeigen Daten von *Dataluta*, dass Landlosenbewegungen und Gewerkschaften erst ab 2014 regelmäßig Land von Zuckerrohrunternehmen wie den insolventen *Usinas Decasa*, *Usina Santa Fany* oder *Usina Alvorada*

168 I_SB_3.

169 I_SB_2, 3.

170 FG_SB_1, 2; I_SB_3, 5, 6; I_LG_6, 22.

do Oeste besetzten und einforderten. Erfolgreich war diese Strategie nach meinem Kenntnisstand jedoch bislang noch nicht, sodass in den 2010er Jahren noch keine Agrarreformsiedlungen auf Land von Zuckerrohrunternehmen im Bundesstaat São Paulo entstanden sind.¹⁷¹

8.7 Schlussfolgerungen

Die Kämpfe von Zuckerrohrarbeiter*innen und deren Klassenformationen veränderten sich im Zeitraum zwischen 2002 und 2016. Neben historischen Kontinuitäten, Regierungsprogrammen und institutionellen Regelungen wirkte sich auch die Transformation des Zuckerrohrsektors auf die Kämpfe aus.

So nahmen die Häufigkeit, Größe und Heftigkeit von Streiks im Zuckerrohrsektor in der Phase der agrarindustriellen Transformation ab, insbesondere manuelle Arbeiter*innen streikten immer seltener. Auch wilde Streiks waren rückläufig. Zudem nahmen defensive gegenüber offensiven Streiks zu: Arbeiter*innen verteidigten bestehende Rechte und forderten mit ihren Streiks insbesondere seit Beginn der Krise des Sektors im Jahr 2011 vorrangig die Einhaltung von Arbeitsstandards und Lohnzahlungen ein. Einzelne Arbeiter*innengruppen streikten getrennt voneinander, es sei denn, es gab konkrete gemeinsame Anlässe des Unmuts. Aufgrund der Krise des Sektors zahlten manche Unternehmen Arbeiter*innen aller Angestelltengruppen ihre Löhne verspätet und verstießen gegen Arbeitsrechte. Daraufhin organisierten Gewerkschaften verschiedener Arbeiter*innengruppen gemeinsame Streiks. Die in Streiks verhandelten Themen änderten sich durch die Mechanisierung. Spontane wilde Streiks um den täglich gezahlten Zuckerrohrpreis entfielen beispielsweise. Streiks fanden zumeist aufgrund der Forderung nach höheren Löhnen oder nach Einhaltung von Lohnzahlungen statt.

Die verringerte Fähigkeit von Gewerkschaften, zum Streik zu mobilisieren, beeinträchtigte ihre Stärke in Tarifverhandlungen. Zudem verstärkte die Mechanisierung Konflikte zwischen Gewerkschaften und schwächte diese. Die Kapitalbesitzer*innen hingegen organisierten sich auch aufgrund der Transformation des Sektors besser. Landarbeiter*innen- und Transportgewerkschaften verloren somit an Stärke in den Verhandlungen. Gleichzeitig

171 Ausgewertete Daten Dataluta; I_SB_3, 5, 6; FG_SB_1.

blieben Tarifverhandlungen aufgrund der rechtlichen Absicherung eine stabile, wichtige Form der Interessendurchsetzung von Zuckerrohrarbeiter*innen.

Auch Formen des Dialogs nahmen in der Phase der Transformation des Zuckerrohrsektors zu. Dies ist teilweise auf das Bestreben von Präsident Lula da Silva zurückzuführen, der in mehreren Sektoren, wie auch im Zuckerrohrsektor, runde Tische von Regierung, Gewerkschaften und Unternehmen einführte. Gleichzeitig setzten Landarbeiter*innen- und Transportgewerkschaften in Unternehmen auf Formen des Dialogs, um ihre Interessen durchzusetzen.

Demonstrationen nahmen im Zeitraum der agrarindustriellen Transformation insbesondere ab Beginn der Krise des Sektors zu. Sie dienen entlassenen Arbeiter*innen, die nicht mehr streiken können, als Mittel, ihre Unzufriedenheit insbesondere über ausstehende Lohnzahlungen zu äußern.

Anzeigen beim MTE, bei der Staatsanwaltschaft MPT und bei Arbeitsgerichten wurden in den 2000er Jahren zu einer der wichtigsten und effektivsten Form für Zuckerrohrarbeiter*innen und Gewerkschaften, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen auf den Zuckerrohrfeldern durchzusetzen. Durch die häufigeren Arbeitsinspektionen und deren gestärkte Sanktionsmöglichkeiten konnten arbeitsrechtliche Verstöße wie sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse oder fehlende Sicherheitsstandards verbessert werden. Gleichzeitig gab es viele individuelle Gerichtsverfahren von aufgrund der Mechanisierung und der Krise des Sektors entlassenen manuellen Arbeiter*innen gegen Unternehmen, um ausstehende Löhne und Entschädigungszahlungen einzufordern.

Kämpfe um Land finden außerhalb des Angestelltenverhältnisses von Arbeiter*innen statt – es ist stattdessen ein Kampf um das Produktionsmittel Land. Die Expansion des Zuckerrohrsektors schwächte Landlosenbewegungen und ihre Kämpfe um Land. Durch die Expansion konnten lokale Landbesitzer*innen ihr Land vor Enteignung schützen. Zudem sind Zuckerrohrunternehmen ein deutlich stärkerer Gegner als lokale Großgrundbesitzer*innen. Sie haben mehr Ressourcen, erfahren große politische Unterstützung und schafften es, die Landlosenbewegung durch Kooptation zu spalten und zu schwächen. Landlose Arbeiter*innen fanden Arbeitsplätze im Sektor, Bewohner*innen in *assentamentos* gingen vertragslandwirtschaftliche Abkommen mit den Zuckerrohrunternehmen ein und die Bewegungen stritten sich über den Umgang mit Zuckerrohrunternehmen. Gleichzeitig ermöglicht die Insolvenz von Zuckerrohrunternehmen neue Chancen, Land zu erkämpfen. Die Notwendigkeit für entlassene manuelle Arbeiter*innen, Agrarreformland zu bekommen, stieg gleichwohl.

